

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeitspalte oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtsige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 279.

Freitag, den 29. November 1918.

25. Jahrg.

Die 8-Stunden-Feier in Lübeck.

Feste muß man feiern wie sie fallen. Insbesondere dem Arbeiter war bisher keine große Wahl vorbehalten. Unter dem jahrhundertelangen Druck konnte er sich nur langsam den Nacken streifen. Und er wurde tief, nicht nur von Arbeitslast und Sorgen, auch von trotzigem Willen, keine gedrückte Lage zu verbessern. Jetzt sind die Fesseln gesprengt, an denen er stets am 1. Mai gerüttelt hatte. Gewaltiger als jemals an diesem internationalen Feiertag der Arbeit war die Demonstration, die sich am Donnerstag durch Lübecks Straßen wälzte. Fast beängstigend stauten und drängten sich die Massen manchmal, aber immer weber gelang es der Geduld, den mächtigen Zug ins rechte Gleise zu bringen.

Schon auf dem Burgfelde, dem alten Versammlungsort von Lübecks Arbeiterchaft, konnte der unbefangene Zuschauer gewahr werden, daß es sich hier um eine Demonstration ganz großen Stils handelte. Aus allen Richtungen strömten die organisierten Arbeiter, einzeln und in geschlossenen Zügen herbei. Von Schluß und Rücksicht kamen sie mit Scharieren und Bannern anmarschiert, aus Moisling, Schwartzau und Kienfeld. Keiner wollte es sich entgehen lassen, am Freudentag der Arbeiterchaft teilzunehmen und damit offen den Beweis zu erbringen, wie ernst der Kampf um den 8-Stunden-Tag jedem einzelnen gewesen war.

Um 1 Uhr mittags legte die Schugmannskapelle — leider die einzige in dem langen Zug — zum ersten Marsch an. Offiziell wehte die neue rote Fahne der Marine an der Spitze. Selbstverständlich fehlte auch das sturmerprobte rote Banner der Sozialdemokratischen Partei nicht. Es folgten die einzelnen Organisationen — darunter zum erstenmal die Straßenbahner mit ihren Kolleginnen — Feldgrauen und besonders zahlreich Frauen, überall von dichtem, spalterbildenden Publikum begrenzt. Und was sich offen an Fronten und zerstreut hinter Gardinen zeigte, summerte sich gleichfalls.

Auf dem Marktplatz wurde zum ersten Male halbgemacht, doch nur ein kleiner Teil des Zuges konnte dort Unterkommen finden, denn auch hier war der Platz schon gedrängt voll.

Genosse Stellung hob in kurzen, gewählten Worten die Bedeutung dieser Feier hervor, den Wert des Festtages, den wir uns selbst gewählt haben, den Tausende von Professorennen, Soldaten und Frauen begehen. Wir feiern diesen Tag, erklärt der Redner, weil die alte Forderung des 8-Stunden-Tages erfüllt wurde. Nicht nur dieses ist erreicht, die Arbeiterchaft hat auch mit Hilfe der Freunde in Feldgrau das alte moralische System zertrümmert. Die berechtigte Forderung des 8-Stunden-Tages, um die jahrzehntelange gekämpfte wurde, wird auch erhoben im Interesse der Menschheit. Nicht wird, wie manche vorgaben, dadurch das Faulenzertum großgezogen. Wir wollen alle arbeiten, doch die Arbeit muß anerkannt werden. Der Arbeiter darf nicht mehr geknechtet werden wie bisher, frei, stolz will er sein Haupt erheben, denn er ist sich bewußt, daß Arbeit die Grundlage der Gesellschaft bildet. Aber nach diesem ersten Erfolg dürfen wir nicht ruhen, im wirtschaftlichen Gebiete ist noch manches durchzusetzen. Neben der Gewährung eines ausreichenden Lohnes ist besonders der Arbeiterschutz von kultureller Bedeutung. Nur aber tut uns vor allem Einigkeit, denn die wirtschaftlichen Kämpfe werden hart sein. Wir müssen gemeinsam ans Werk zum Aufbau und Ausbau der neuen Zeit, und wer mitarbeiten will, muß eintreten in die gewerkschaftliche und die politische Organisation der Arbeiterklasse, muß sich der Sozialdemokratie bekennen. Gemeinsam, einig und geschlossen wollen wir den Kampf führen, mitkämpfen an dem großen, hehren Werk. Bekräftigen Sie diesen Willen, indem Sie mit mir einstimmen in den Ruf: die internationale Arbeiterbewegung, sie lebe hoch!

Mächtig brauste der Ruf über den Marktplatz hinweg, die Russen legte ein und weiter ging die besagten Straßen entlang, durchs Stadtviertel St. Lorenz, wo die Lehnen noch lange nicht alle in die Schwartzauer Allee eingebogen waren, als die Spitze des Zuges bereits wieder die Bahnhofsbrücke passierte.

Am Buniamshof, dem schönsten großen Platz, den früher nach höherem Willen Arbeiterhiesel eigentlich nicht betreten sollten, war Schlußpunkt. Hier erst, vom alten Bahndamm aus, konnte man einen Ueberblick über die ganze Menschenmenge gewinnen. An drei Punkten sammelten sich die Demonstranten um die Fahnen, deren wir rund 30 zählten. Im Menichenkandel wurden wir nach dem Mittelpunkt geschoben, wo Genosse Haub eine markige Rede leit, indem er auf die jetzige schöne Zeit hinwies, in der Lübecks Arbeiterchaft der Demokratie zum Durchbruch verhilt. Erst der unglückliche Verlauf des Krieges führte aus dem Glend heraus, in dem sich geistige Regiamkeit nicht entwickeln konnte. Heute sitzen wir auf den Trümmern des preussisch-militaristischen Staates und hätten hoffentlich den letzten Krieg hinter uns. Auch dieser Redner ermahnte dringend, jeder solle mitarbeiten, in die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen eintreten und sich mit ihren Einrichtungen vertraut machen. Dieses Jahre uns erst auf den Weg zur Freiheit. Redner schloß mit einem Hoch auf die Demokratie und die deutsche Republik.

Genosse Wehrle in feierliche ebenfalls die große Errungenschaft des 8-Stunden-Tages und ermahnte zur Einigkeit und Geschlossenheit. Es sei zu hoffen, daß an die englischen

französischen und italienischen Brüder diesen Erfolg in absehbarer Zeit erringen und daß es ihrer Initiative gelingen werde, die harten Waffenstillstandsbedingungen zu mildern. Große Aufgaben harreten der Arbeiterchaft in der kommenden Zeit, die nicht Diktatur, sondern freieste Demokratie beherrschen werde. Ehe jedoch die Nationalversammlung den Grundstein legen könne, muß Deutschland frei vom Gegner sein. Nachdem Redner noch auf die gewaltige heutige Demonstration hingewiesen hatte, die deutlich zeige, daß die Nacht nicht mehr in Händen weniger bedürzter lübscher Familien liege, brachte er ein Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie aus.

Das Mitglied des Soldatenrates S a f e r verherrlichte die neue Zeit. Die Stunde der Vergeltung sei gekommen; leider liegen zahllose Kameraden draußen auf blutiger Au. Wie viele von ihnen würden sich glücklich schätzen, wenn sie unsere Erfolge sehen könnten. Auch dieser Redner mahnte zur Einigkeit und Geschlossenheit, damit die Gerechtigkeit siege.

Die tapfere Schugmannskapelle unter ihrem nimmermüden Dirigenten Herrn Wachtmeister G e b e r t spielte den Schlußakt. Dann löste sich die vieltausendköpfige Menge auf, und in diesem lustigen Durcheinander jagte ein Faustbekenntnis die Gedanken, dessen Phantasie hier Wirklichkeit war:

Solch ein Gewimmel möcht ich lehn,
Auf freiem Grund mit freiem Volk
zu stehn.

Einen in größter Ruhe verlaufener Ehrentag, an den Lübecks Arbeiterchaft gern zurückdenken wird, deckte dann allmählich ein drückender Abendnebel zu.

Für die Einheit des Reiches!

Von Philipp Scheidemann.

Die Gefahr, daß das Reich zerfällt, steigert sich von Tag zu Tag. Wir haben noch vor wenigen Jahren gelacht über die Meldungen fremder Diplomaten an ihre Regierungen, daß die süddeutschen Staaten sich von Preußen trennen und damit das Reich sprengen würden, falls Deutschland in einen Krieg verwickelt würde, der einen unglücklichen Ausgang nähme. Die Prophezeiungen des Herrn Jules Cambon werden sich aber verwirklichen, wenn wir nicht baldigst zu klaren Verhältnissen kommen.

Der König von Bayern soll der erste gewesen sein, der bereit war, einen Separatfrieden mit der Entente zu machen. Kaiser, Könige und Großherzöge können nun die Einheit des Reiches nicht mehr gefährden, nachdem das deutsche Volk sich radikal und für alle Zeiten von den „Instrumenten des Himmels“ freigemacht hat. Die Gefahr kommt jetzt von ganz anderer Seite!

Aus Straßburg wird mitgeteilt, daß dort Besprechungen mit der obersten Heeresleitung der Franzosen stattgefunden haben sollen, deren Gegenstand die Schaffung einer Republik der süddeutschen Staaten und des Rheinlandes gewesen ist. Die Gründung soll beschleunigt werden, falls nicht schnellstens die Sicherheit der gegenwärtigen Regierung gewährleistet werden könne.

Die Unsicherheit der Regierung folgert man aus der ungestörten Tätigkeit der Spartakus-Gruppe, die durch ihre Presse, durch Flugschriften und Reden besonders die Soldaten für den Bolschewismus mobil zu machen bestrbt ist.

Mit großem Bedauern muß festgestellt werden, daß viele ungenügend informierte Männer und Frauen die Gefahr des Bolschewismus nicht erkennen und ihm bewußt oder unbewußt Vorschub leisten.

Der Bolschewismus hat das unglückliche Rußland vollends zugrunde gerichtet. Der russische Bolschewismus arbeitet in der rücksichtslosesten Weise gegen alles und jedes, was nicht mit ihm ist. Die bei uns während der Kriegszeit ausgeübte Zensur war eine kindliche Spielerei im Vergleich zu der Pressebelegung in Rußland. In dem bolschewistischen Experimentierland der Herren Lenin und Kaderl hangert, friert und leidet das arme Volk viel mehr, als unter der schlimmsten Schredensherrschaft irgend eines der Blutzaren.

Rußlands Handel und Industrie sind ruiniert — was aber bedeutet der Industrialismus in Rußland, wenn man ihn vergleicht mit Deutschlands hochentwickelter Wirtschaft? Eine Kleinigkeit!

In Deutschland gibt es Hundertmal mehr zu zerstören als in dem unglücklichen östlichen Nachbarlande. In unserem Reich also würden Glend und Not dementsprechend größer werden als in Rußland, wenn der Bolschewismus die Oberhand gewänne.

Unsin zu behaupten: „Bolschewismus ist Sozialismus.“ Sozialismus ist planmäßig zur höchsten Produktivität gesteigerte Arbeit, Bolschewismus ist Desorganisation der Arbeit und, weil nur die Arbeit Werte schafft, Verelendung. Im Interesse des Sozialismus, für den wir arbeiten und kämpfen, können wir gar nicht deutlich genug sagen, daß er etwas ganz anderes ist als Bolschewismus.

Wir können es verstehen, wenn in den süddeutschen Staaten die Tendenz einer Trennung von Preußen durchbricht, wie hatten es aber für unsere Pflicht, dieser Trennung auf das entschiedenste

entgegen zu wirken. Frankreich wünscht den Zerfall des Reiches. Das ist begreiflich. Die wertvollste Errungenschaft des Deutschen Französischen Krieges von 1870/71 war die Gründung des Reiches. Damit hörte die politische und wirtschaftliche Krähwinterei in den deutschen Landen auf. Die Bahn wurde frei für einen wirtschaftlichen Aufstieg, der geradezu beispiellos war. Wenn wir politisch nicht Schritt hielten, so deshalb, weil in erster Linie das Bürgerturn versagte. So bildete sich eine Herrenkaste heraus, die das Reich in den Abgrund führte.

Nun heißt es retten, was zu retten ist, nicht aber davonzulassen in der irrigen Annahme, daß damit irgend etwas gewonnen werden könnte.

Es wäre geradezu unerträglich, daß Deutschland sich nach nahezu 50-jähriger Festlande in keine Staaten auflöst, während alle übrigen Völker der Welt die letzte Kraft aufbieten, um alle ihre Völksgenossen einigentlich zusammenzuführen.

Und warum schließlich die Trennung? Weil die neue Regierung, die eine fürchterliche Erbschaft hat antreten müssen, in zwei Wochen nicht hat schaffen können, was vielfach von ihr verlangt wird? Weil die neue Regierung den Bolschewisten gegenüber die Mittel nicht anwendet, die von den Bolschewisten gegen sie zweifellos in Anwendung gebracht werden würden, wie sie im Rußland angewandt worden sind?

Das politische Kabinett setzt sich aus Sozialdemokraten zusammen, die selbstverständlich sofort vollkommene Versammlungs- und Pressefreiheit eingeführt haben. Die sozialdemokratische Regierung kann gegen die Bolschewisten nicht mit bolschewistischem Terror arbeiten, aber sie hat die Pflicht, das Volk auf die ungeheuren Gefahren des Bolschewismus aufmerksam zu machen. Bolschewismus heißt Zertrümmerung des Reiches, Zerstörung unserer Industrie, Vernichtung unseres Handels, Arbeitslosigkeit, Hunger und Glend in schimmiger Weise.

Wer helfen will am Auf- und Neubau des Reiches, der stelle sich an die Seite der sozialistischen und republikanischen Regierung, die eingeschlossen ist zu tun, was menschenmöglich ist, um unserem Volke wieder eine bessere Zukunft zu sichern.

Au die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands.

Der Vollzugrat des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrats hat nach Verständigung mit den Volksbeauftragten des Reiches und Preußens diesen die exekutive Regierungsgewalt übertragen. Er hat sich aber das weitestgehende Kontrollrecht über die Regierung vorbehalten. Die Regierung kann ihre Verwaltungsaufgaben nur dann erfüllen, wenn ihre Maßnahmen nicht durch Eingriffe lokaler Arbeiter- und Soldatenräte durcheinandergeworfen werden. Diese Arbeiter- und Soldatenräte haben in ihrem Tätigkeitsgebiet gleichfalls das volle Kontrollrecht; sie haben dafür zu sorgen, daß die revolutionären Errungenschaften gesichert und ausgebaut werden. Sie haben sich aber im allgemeinen jeden direkten Eingriffes in die Verwaltung zu enthalten. In der letzten Zeit haben Arbeiter- und Soldatenräte aus rein lokalen Gesichtspunkten heraus selbständige Verfügungen in Angelegenheiten des Ernährungswesens und der Kohstoff-Versorgung usw. getroffen. Dadurch werden aber die Maßnahmen der Regierung wirkungslos gemacht. Die Regierung hat unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß der Verkehr (Eisenbahn usw.) für das ganze Reich einheitlich geregelt, die Ernährung und die Kohstoff-Versorgung für das ganze deutsche Volk gesichert wird, und das umso mehr, als die Demobilisierung an den ganzen Verwaltungsapparat ungeheure Anforderungen stellt.

Wir bitten daher, die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches, im Interesse der Gesamtheit folgende Richtlinien beobachten zu wollen:

1. Wo sich die Behörden in den Dienst des neuen Regimes gestellt haben, ist die Führung der Geschäfte im engeren Sinne ihnen möglichst zu überlassen. Nur die für den Geist des ganzen entscheidenden Stellen sind, im Einverständnis mit der revolutionären Regierung, neu zu besetzen, wenn eine scharfe Kontrolle nötig ausreißend erscheint. Im übrigen ist eine laufende wachsame Kontrolle, verständlich ausgeübt, einzurichten. Alle förenden Eingriffe in die Verwaltung selbst müssen unterbleiben.

2. Verhaftungen dürfen nur in dringenden Fällen unter Verständigung mit den dafür maßgebenden Stellen erfolgen, soweit es sich nicht um Festnahmen im gewöhnlichen Ordnungs- und Sicherheitsdienst handelt.

3. Beschlagnahmen irgend welcher Art (Lebensmittel, Kohstoffe, Kohlen, Geber) dürfen nur im Einverständnis mit den maßgebenden Stellen erfolgen. Eine Beschlagnahme von Lebensmittelvorräten oder lagernden Vorräten, die für Kommunalverbände und sonstige öffentliche Körperschaften anderer Orte oder für das Heer bestimmt sind, darf unter keinen Umständen erfolgen.

4. Eine Beschlagnahme öffentlicher Kassen, die im Einverständnis mit der Regierung des Reiches oder der Einzelstaaten von den Gemeindevorständen oder sonstigen öffentlichen Körperschaften verwaltet werden, ist absolut unzulässig, ebenso jeden willkürliche Eingriff in Bankdepots.

Die Eingriffe in den Schiffsahrts-, Eisenbahn- und Postverkehr müssen absolut unterbleiben.
Für die Zeit der Demobilisierung haben die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden ihre Aufmerksamkeit auf folgende Maßnahmen zu lenken:

1. Sorge für die Einquartierung.
 - a) Bereitstellung öffentlicher Gebäude für geschlossene Formationen.
 - b) Bereitstellung von Privatwohnungen, die in erster Linie für Frauen in Betracht kommen.
 - c) Bereitstellung leerer Geschäftsräume u. a. für wohnungslose Familien.
 - d) Bereitstellung von Betten, Wäsche und dergl.
2. Ernährungsfragen.
 - a) Einrichtung von Massenküchen.
 - b) Errichtung von Feldküchen u. a. an allen größeren Bahnhöfen.
3. Gesundheitliche Maßnahmen.
 - a) Einrichtung von Bädern und Entlausungsanstalten.
 - b) Einwirkung auf die entlassenen Kriegsteilnehmer, ärztliche Untersuchung in Anspruch zu nehmen.
 - c) Verweisung kranker Soldaten an die Lazarette.
 - d) Aufklärung über Krankheiten und Ansteckungsgefahr (Plakate).
 - e) Den Anordnungen des Sanitätsamtes betr. Seuchengefahr ist unbedingt Folge zu leisten.
4. Arbeitsregulierung.
 - a) Verwendung der arbeitslosen Kriegsteilnehmer und Rüstungsarbeiter an die Arbeitsnachweise. (Plakate).
 - b) Einwirkung auf die Arbeitslosen, sich bei dem im Augenblick dringend erforderlichen Landarbeiten, insbesondere der Kartoffel- und Rübenerrnte, zu beteiligen.
 - c) Hinweis der Arbeitslosen auf die Beteiligung an den dringend erforderlichen Ver- und Entladungsarbeiten der Güterzüge.
 - d) Für die bestehenden Kriegsbetriebe gilt als oberster Grundsatz: Kein Mann und keine Frau darf arbeitslos werden. Betriebe haben sich so schnell als möglich auf Friedensarbeit umzustellen. Eine Stilllegung der Betriebe soll vermieden werden. Den Anordnungen des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisation ist Folge zu leisten.
5. Allgemeines.

Hinweis der heimkehrenden Soldaten darauf, daß ordnungsgemäße Rücktransporte mit der geschlossenen Formation und die vorläufige Entlassung für sie folgende Vorteile birgt:

 1. Unentgeltliche Verabfolgung eines Entlassungsanzuges.
 2. 50 Mark Entlassungsgeld.
 3. Marschgebühren.

Politische Rundschau.

Deutschland.

England droht mit Kriegsfortsetzung.

Berlin, 28. November. In der letzten Sitzung der Waffenstillstandskommission in Spa erhoben die englischen Vertreter im Namen der britischen Regierung eine ernste Beschwerde, daß die deutschen Gefangenen an der Westfront nicht ordnungsmäßig übergeben wurden, sondern halb verhungert, krank und ohne genügende Kleidung in den Linien der Alliierten anlangten. Die Erklärung der deutschen Delegierten, daß die ordnungsmäßige Uebergabe wegen der Waffenstillstandsbedingungen und der überfüllten Räumung nicht möglich sei, daß ferner viele Gefangene entlaufen oder von revolutionären Elementen befreit würden, wurde von den englischen Vertretern nicht anerkannt. Sie erklärten vielmehr, daß sie die deutschen Behörden ohne Rücksicht auf die inneren Verhältnisse voll verantwortlich machen und daß die britische Regierung mit Rücksicht auf die Erregung der öffentlichen Meinung Englands, wenn nicht Abhilfe geschaffen werde, die Feindseligkeiten wieder eröffnen werde.

Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß von deutscher Seite alles geschieht, um die ordnungsmäßige Heimführung der englischen und übrigen Kriegsgefangenen herbeizuführen, und daß durch die daraufhin getroffenen Maßnahmen die Durchführung eines geregelten Abtransportes dieser Gefangenen sichergestellt und bereits in erheblichem Umfang bewerkstelligt wurde.

Zur Ernährungsfrage.

Gegenüber unsicheren Vermutungen, die in letzter Zeit wiederholt geäußert worden sind, nach denen Deutschland, selbst wenn die Front gehalten hätte, am Neujahr herum wegen Lebensmittelmangel zusammengebrochen wäre, erfahren wir vom Kriegsernährungsamt: Ueber diese Frage lassen sich natürlich absolut sichere Behauptungen heute nicht aufstellen. Jedenfalls ist dieses Urteil, über die Lage unserer Ernährung so pessimistisch. Bei den Verhältnissen, die mit dem Kriegsende zusammenhängen, ist nun allerdings eine Lage geschaffen, daß wir mit unseren Nahrungsmitteln nicht auskommen, wenn wir nicht vom Auslande beliefert werden. Auch in dieser Hinsicht sind insofern Schwierigkeiten eingetreten, als bei dem Versuche, vom Auslande Nahrungsmittel zu bekommen, lokale Ausschläge oft gegenwärtig arbeiten. Das muß vermieden werden. Es muß daran festgehalten werden, daß nur die J. E. G. Nahrungsmittel im Auslande für das Reich aufkaufen und demzufolge darf. Jede andere Praxis führt, wie die Dinge heute liegen, die deutsche Volksernährung in Frage.

Der Volksgesetzrat gegen Goltz.

Die Reichsregierung hat beschlossen, daß alle politischen Archive, d. h. die des Auswärtigen Amtes, des Militärkabinetts und des Oberkommandos in den Marken unter die Obhut des Rates der Volksbeauftragten gestellt werden.

Antsch. Der Volksgesetzrat hat den Rat der Volksbeauftragten ersucht,

1. Schleunigst zu veranlassen, daß Herr Goltz aus seiner Stellung ausscheidet,
2. unter Zustimmung von Mitgliedern des Volksgesetzrates für die Beschlagnahme und Bewachung aller die auswärtigen Angelegenheiten und aller das gehörte Regierungssystem betreffenden Akten unverzüglich Sorge zu tragen.

Die internationale Waffenstillstandskommission.

Es von deutscher Seite eine neue Note gerichtet worden. Es wird darin besonders hervorgehoben, daß die Militärs im Widerstand bisher weder beantwortet seien, noch seien Vertreter eingetroffen. Ein Aufbruch der Frage zwinge das deutsche Volk zu noch schlimmerem Hunger. In der Gefahr des Verhungerns mit allen ihren Folgen sei es nicht mehr möglich, die große Gefahr der internationalen Ordnung in allen Hauptstädten durch die Arbeitslosigkeit der Soldaten und Zivilbevölkerung zum Stillstand zu bringen.

Es widerspricht dem Wesen eines Vertrages, daß bestimmte Punkte desselben von der Verhandlung einseitig ausgeschlossen werden, während über alle anderen Punkte verhandelt wird. Besonders einseitig muß ein solches Verfahren bezüglich der Zuführen und der Geschäftserfolge erscheinen, da Deutschland weder willens noch in der Lage ist, den Krieg wieder aufzunehmen, somit alle die Voraussetzungen für die harten Waffenstillstandsbedingungen nicht mehr vorhanden sind.

Ludendorff und der Verständigungsstreife.

Diplomatische Kreise aus dem Haag drachten in die Welt, daß man im Frühjahr 1918 auf Seiten der Alliierten bereit gewesen sei, in eine Friedenserörterung einzutreten. Deutschland hätte Belgien räumen und zwei Drittel einer festzusetzenden Entschädigung zahlen müssen, während die Alliierten bereit wären, ein Drittel der Entschädigungssumme zu tragen. In Elsch-Lothringen hätte eine Volksabstimmung über dessen Zukunft zu entscheiden gehabt, wobei der Prozentsatz der seit 1870 ausgewanderten Bevölkerung zugunsten Frankreichs mit angerechnet werden müßte. Die weiteren Bedingungen waren: Abtretung der Gebiete Süd-Tirol an Italien, Internationalisierung von Triest, dann hätten Serbien, Montenegro und Rumänien sofort geräumt werden und eine Entschädigung der Mittelmächte erhalten müssen, wobei noch die Alliierten zu einer prozentualen Beteiligung herbeizuziehen waren. Die deutschen Kolonien sollten zurückgegeben werden. In diesem Augenblick sollte die Note des Grafen Burian erscheinen, durch die er die Kriegführenden zur Konferenz über die Friedensfrage einladen wollte. Die Note hätte zur Abhaltung einer Konferenz geführt, bei der über den Frieden unter den genannten Bedingungen hätte beschlossen werden sollen. Das Hindernis für die Ausführung dieses Schrittes bildete Ludendorff, der dem österreichisch-ungarischen Diplomaten antwortete: Laßt uns siegen! Zu seiner Umgebung äußerte sich Ludendorff, man müsse sich mit dem Friedensschritt sehr beeilen, wenn man nicht zu spät kommen wolle. 24 Stunden später begann die deutsche Offensive.

Delegiertenversammlung der U. und S.-Räte.

Der Volksgesetzrat gibt bekannt, daß die Delegiertenversammlung sämtlicher deutschen U. und S.-Räte für den 16. Dezember nach Berlin zusammengerufen ist.

Das preussische Kabinett.

Innerhalb der preussischen Regierung (Staatsministerium) bilden Hirsch, Stroebel, Braun, Eugen Ernst, Adolph Hoffmann und Dr. Rosenfeld das politische Kabinett. Die Besetzung der Einzelministerien ist folgende: Handel: Fischbeck, Beigeordneter: Hue, die zweite Stelle ist noch nicht besetzt. Krieg: Scheidt, Unterstaatssekretär: Goehre. Öffentliche Arbeiten: Hoff, Beigeordnete: Paul Hoffmann, Brunner. Inneres: Hirsch, Dr. Breitjohnd, Beigeordnete: Eugen Ernst. Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Adolph Hoffmann, Hähnisch. Finanzen: Dr. Südekum, Simon. Landwirtschaft, Domänen und Forsten: Braun, Hofer. Justiz: Dr. Rosenfeld, W. Heine.

Abhängigkeit der geistlichen Ortschulenaufsicht in Preußen.

Vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wurde folgende Verfügung erlassen:
Erstens: Die geistliche Ortschulenaufsicht in Preußen ist von heute ab aufgehoben.
Zweitens: Die bisherigen Inhaber bleiben solange im Amt, bis die Befugnisse durch die Kreischulinspektoren übernommen sein werden.
Drittens: Die Uebernahme ist unverzüglich in die Wege zu leiten und muß am 31. Dezember abgeschlossen sein.
Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, gez.: Hoffmann, Hähnisch.

Vor dem Staatsgerichtshof.

Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat des provisorischen bayerischen Nationalrats fordert schleunigst Einsetzung eines Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich zur Untersuchung und Aburteilung derjenigen Personen, die durch ihr verbrecherisches Treiben den Weltkrieg herbeigeführt sowie die Beendigung des Krieges durch einen Verständigungsfrieden vereitelt und somit den Zusammenbruch Deutschlands verschuldet haben. Ferner verlangt er strengste Bestrafung aller jener, die auf betrügerische Weise sich während des Krieges bereichert haben.

Die Heimführung der deutschen Soldaten aus der Ukraine.

Die ukrainische Regierung veröffentlicht eine Erklärung, worin die Gerichte widerlegt werden, daß die Heimführung der deutschen Soldaten durch Verweigerung von Transportmitteln behindert werde. Die Regierung tue im Gegenteil alles, um die Abbeförderung zu unterstützen.
Die Delegiertenversammlung des Soldatenrates der Ostarmee, die zurzeit in Kiew tagt, beschäftigt sich mit der Ausarbeitung eines Planes zur systematisch gewordenen Evakuierung der Ukraine von deutschen Truppen. Ferner beschloß die Delegiertenversammlung, sich in den jetzigen politischen Kämpfen in der Ukraine neutral zu verhalten, vorausgesetzt, daß die Interessen der deutschen Soldaten nicht berührt werden.

Diktatur Hindenburg?

Die „Deutsche Zeitung“ fragt über den drohenden völligen Zerfall Deutschlands und empfiehlt als Abhilfsmittel — eine provisorische Präsidenschaft Hindenburgs. Hindenburg kann ja gewiß nicht dafür, wenn die Alldeutschen sich jetzt an ihn klammern, nachdem sie zuvor eine ganze Menge anderer Persönlichkeiten kompromittiert haben. Aber die Idee, daß man am besten über die Schwierigkeiten der Uebergangszeit hinwegkäme, die doch nicht von den jetzigen Leitern der Reichsgeschäfte verschuldet sind, sondern von denen, die Deutschland bis an den Rand des Abgrundes geführt haben, ist so abstrus, daß sie nur einem alldeutschen Hirn entspringen kann. Dieses wahre Unglück des deutschen Volkes wird es auch jetzt schon noch fertig bringen, daß die halbwegs gebildete Jurisdiktion des Heeres, für die Hindenburg sich der Regierung zur Verfügung stellt und für die allein diese seine Hilfe angenommen hat, durch politische Querkreuzereien gestört wird.

Arbeiter in der Regierung.

Zur händigen Beratung des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten ist der Vorsitzende des Deutschen Eisenbahnerverbandes, E. Brunner, als Beirat in das Ministerium herbeigeführt worden.
Der unabhängige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Erdmann läßt mitteilen, daß er die Berufung als Beirat ins Reichswirtschaftsamt abgelehnt hat.

Deutsche Truppen im Oden.

Aus dem Osten sind etwa noch eine Million deutscher Truppen zurückzuführen. Da es auf dem Landwege außerordentlich schwierig ist, diese Truppen zu befördern, sind Veranordnungen im Gange, die die Möglichkeit geben sollen, deutsche Truppen sowie deutsche Gefangene auf dem Seewege Sebastopol-Nicolajew heimzuführen.

Provokierende Offiziere.

Aus Kassel wird gemeldet: Bereits vor einigen Tagen hatte ein Offizier mit zwei Unteroffizieren eine der vom Triumphbögen vor dem Bahnhof wehenden roten Fahne herabzureißen versucht. Früh 5 1/2 Uhr erschienen Leutnant Kroska, der Rittmeister Kroska und ein dritter Offizier, dessen Name nicht festgestellt werden konnte und rissen beide rote Fahnen herab, um sie zu zerreißen. Auf die von dem Pöbel alarmierte Wachmannschaft schoss Leutnant Kroska mit einem Gewehr und wurde darauf von der Wache tödlich verletzt. Der Rittmeister wurde gestiftet und abgeführt, der dritte Offizier ebenfalls. Der Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat warnt vor Beleidigungen der roten Fahne, die unnachlässig geahndet werden müßten, und verweist auf das Beispiel der Sozialdemokratie, die trotz ihrer Anfechtung die schwarz-weiße und schwarz-weiß-rote Fahne unbeanstandet lasse.

Veithmann Hollweg über die Schuld am Kriege.

In der „Deutschen Allg. Ztg.“ erklärt Veithmann Hollweg u. a.: Ich habe das Ultimatum an Serbien vor seiner Ablehnung nicht gekannt und es auch nachher für zu scharf gehalten. Wir wollten den österreichisch-serbischen Konflikt lokalisieren. Ich lehne den Tag herbei, wo ich vor dem Staatsgerichtshof der Wahrheit zum Siege zu verhelfen beitragen kann. Frankreich und Rußland haben seit Jahrzehnten Bläne verfolgt, die nur durch Krieg zu verwirklichen waren. Deutschlands Schuld liegt an der falschen Behandlung der Elsch-Lothringen, in provokatorischen Worten, alldeutschen Treibereien, in der aggressiven Flottenpolitik und in manchen innerpolitischen Zuständen.

Ein Ueberfall auf die München-Augsburger Abendzeitung.

Unter der Ueberschrift „Pressefreiheit?“ schreibt die „München-Augsburger Abendzeitung“: Mittwoch mittag überfielen vier Soldaten, die sich als Beauftragte des Arbeiter- und Soldatenrates bezeichneten, unsere Redaktion und erzwangen sich unter Drohungen eine Aussprache über unseren Leitartikel über die Abschaffung der Soldatenwirtschaft. Obgleich ihre mangelhafte Legitimation sofort festgestellt wurde, führten sie fort, zu drohen, daß das Erscheinen der Zeitung mit Gewalt eingestellt werden würde, wenn nochmals solche Artikel veröffentlicht würden. Wir richteten an das bayerische Kriegsministerium und besonders an den Ministerpräsidenten die dringende Anfrage, ob die jetzige Regierung die Macht besitzt, die Freiheit der Presse wirklich sicherzustellen.

Kleine politische Nachrichten.

Die Polizeikund ist in Berlin auf 9 Uhr abends festgelegt worden. Der Ausschank von Wein und Branntwein ist verboten.

An den Einzugsfeierlichkeiten in Straßburg nahm auch die Tochter des Präsidenten Wilson teil, die bereits seit einem Monat in Frankreich weilt.

Der schweizerische Bundesrat beschloß, die gesamte Einuhr von Waffen, Munition und sonstigem Kriegsgerät zu verbieten.

Die Fortschrittliche Volkspartei in Baden erläßt einen Aufruf, in dem er die Forderung „Los von Berlin“ erhebt. Die Ketten des preussischen Militarismus seien nicht gesprengt worden, um weiterhin Sklaven von Berlinern zu werden.

Gegen die Besetzung des Herrenhauses protestierte dessen Präsident Graf Arnim-Boitzenburg, im Namen des Gesamtvolkes.

Kurt Eisner läßt amtlich erklären, daß er den Verkehr mit dem auswärtigen Amt ablehne, da dieses die alten Methoden fortsetze und das deutsche Volk um die Erkenntnis der Wahrheit betrüge.

Dr. Goltz hat die Entente um Aufschub für die Ablieferung der Lokomotiven usw. bis zum 1. Februar ersucht.

Lord George sagte in einer Rede in Dundee, daß die deutschen Kolonien nicht an Deutschland zurückgegeben werden dürften.

Bei der gestern gemeldeten Besetzung der Rheinbrücke bei Weiskreit in Baden erklärte der französische Offizier, er spräche überhaupt nicht mit Sozialdemokraten. Außerdem ließen die Franzosen am anderen Tage verkünden, daß sie auf jeden Deutschen schießen würden, der sich mit roter Schleife oder Fahne sehen lassen würde.

Die Entente truppen räumen die Ortschaften an der Südgrenze der Biala, welche sie entgegen dem Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen vorzeitig besetzten.

Holland läßt erklären, daß es den Durchzug deutscher Truppen weiter gehalten werde. Die aus Antwerpen kommenden Schiffe wird die Durchfahrt nach Deutschland gestattet, wenn diese Schiffe nicht belgisches Eigentum sind.

Der Telegramm- und Telephonverkehr nach Lothringen ist bereits wieder zugelassen. Es darf damit gerechnet werden, daß im Laufe der nächsten Tage weitere Erleichterungen im Verkehr mit Elsch-Lothringen zu erwarten sind.

Die Subversivaktionen in Lemberg haben mindestens 60 Todesopfer gekostet, nach anderen Berichten sogar 1100. Circa 10 000 Juden sind obdachlos.

Wilhelm der Erste soll, wie „Daily Chronicle“ behauptet, 200 50 Kilo schwere Säcke Gold und Silbermünzen über Holland nachgelassen bekommen haben. Nachzuprüfen ist diese Behauptung nicht, aber sie würde sich seiner Lebensmittellieferung würdig anschließen.

Der gelbe Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter hat zu erklären aufgehört. Adorf hat sein Amt als Vorsitzender niedergelegt. Die Schuttha des Verbandes sind aus dem famolen, vom Agenten Donner gegen hohe Provision gemauerten Fonds bezahlt worden.

Der unabhängige Sozialdemokrat Dr. Herzfeld ist dem Staatssekretär des Innern, Prof. Hugo Preuß beigeordnet worden.

Oesterreich-Ungarn.

Die Opfer des Weltkrieges betragen nach einer vorläufigen Zusammenfassung an Toten und Verwundeten bis zum Mai 1918 4 Millionen Mann. An Gefallenen werden genannt 800 000 Mann und circa 17 000 Offiziere.

England.

Friedensforderungen der englischen Arbeiterpartei. Reuters meldet aus London: Die englische Arbeiterpartei hat ein Manifest herausgegeben, in dem ein Frieden des internationalen Zusammenarbeitens gefordert wird. Die Arbeiterpartei erklärt sich durchaus gegen die Geheimdiplomatie und gegen jede Form eines Wirtschaftskrieges und fordert als Hauptpunkt des Friedensvertrages einen internationalen Arbeiterversand, der einen Teil des freien Völkerbundes bilden soll. Die Arbeiterpartei

Reichstagsabgeordneter Wissell spricht am Sonntag im Hanfa-Theater.

radelt jedes Eingreifen auf dem Festlande zugunsten der Reaktion und fordert die Zurückberufung der allierten Truppen aus Rußland.

Amerika.

Widerrufene Kriegslieferungen. Der Kriegsminister teilte Senator Martin mit, daß die widerrufenen Kontrakte innerhalb der letzten zehn Tage eine Summe von 338 800 818 Dollar umfassen, während durch die Abschaffung der Sonntagearbeit in den Kriegsetablissemments täglich 2 800 000 Dollar erspart werden. In den Beträgen sind die Annullierungen in der Flugzeugproduktion sowie im Maschinenbau nicht einbegriffen. Die in dem Bureau für Flugzeugproduktion telephonisch eingelaufenen Anordnungen zur Annullierung von Aufträgen beläuft sich schätzungsweise auf die Summe von 225 Millionen Dollar. Es wurden weitere militärische Vorkehrungen getroffen zur Demobilisierung der Truppen in Amerika, ebenfalls um die sofortige Rückkehr der Streitkräfte aus Europa in die Wege zu leiten, die nicht zur Okkupation der Gebiete nötig sind. Innerhalb zwei Wochen werden 200 000 Mann in Amerika demobilisiert sein.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 29. November.

Soldaten — Kameraden!

Helft unsere deutschen Frauen vor geschlechtlicher Ansteckung schützen. Jeder von Euch mache es sich zur Ehrenpflicht in zweifelhaften Fällen ärztlichen Rat in Anspruch zu nehmen. Dieser ist unentgeltlich. Kameraden, beherzigt dies.

Für die bereits heimgekehrten Soldaten steht zwecks Entlausung und Reinigung die Badeeinrichtung im Hof für Obdachlose, St. Annenstraße, unentgeltlich zur Verfügung.

Wir fordern alle Kameraden auf, im Interesse unseres Volkswohls von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen. Der Soldatenrat: Kethfeldt.

An unsere Leser! Infolge der eingeführten Sperrzeiten für den Gebrauch von Gas sind wir leider nicht immer imstande, den „Volkshoten“ zur gewohnten Stunde herauszubringen. Der Text, der sonst fast ausschließlich durch die Schreibmaschinen hergestellt wurde, muß jetzt zu einem größeren Teil mit der Hand gesetzt werden, was längere Zeit beansprucht. Wir ersuchen unsere Abonnenten, diese Ursachen der ihnen wie uns gleich unangenehmen Störung berücksichtigen zu wollen, die zu befehligen leider außer unserer Macht liegt. Hoffentlich treten bald wieder bessere Verhältnisse ein.

Zur morgigen Begräbnisfeier der 162er wird uns vom Empfangsausschuß geladen: Im Interesse einer würdigen Feier liegt es, daß sich möglichst alle Gemeindefreunde, Vereine usw. mit ihren Bannern und Fahnen durch eine Deputation an der Begräbnisfeier beteiligen. Vorherige Anmeldungen sind bei der Kürze der Zeit nicht mehr angehtig; wer sich beteiligen will, stellt sich morgen vormittag 10 Uhr mit der Fahne resp. Banner nach der Reihenfolge des Eintreffens in der Falkenstraße auf. Der Zug bewegt sich dann zum Marktplatz, wo die Wagenweisung erfolgt. Die heimgekehrten Truppen sammeln sich in einer Kaserne und marschieren ebenfalls geschlossen zum Marktplatz. Schulkinder werden in den Straßen, die die Truppen passieren, Spalier bilden. Auf dem Marktplatz werden je ein Vertreter des Senates, der Bürgerschaft, des Soldatenrats und des Arbeiterrats kurze Ansprachen halten.

Der Rest unserer 162er in Stärke von ca. 120 Mann traf Mittwoch nachmittag hier in Begleitung zahlreicher Bagage ein. Beim Abladen der Wagen usw. ließ die Schutzmannschaft ihre munteren Weifen ertönen. Wir heißen die Heimgekehrten herzlich willkommen!

Die Versammlung der Bürgerschaft am Montag, dem 2. Dezember, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Ergänzungswahlen für den Bürgerausschuß. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates: 1. Aussetzung der Neuwahl für die ausgeschiedenen Senatsmitglieder. (Zweite Lesung). 2. Bewilligung von 30 000 Mark an den Soldatenrat. 3. Bewilligung von 15 000 Mark an den Rat der vereinigten Berufe. 4. Nachbewilligung für die Oberhulbehörde. 5. Uebernahme von Ruhegehältern früherer Lehrkräfte der Erzieherschule auf staatliche Mittel. 6. Erhöhung der Kurtaxe in Travemünde. 7. Kriegszuschlag zu der Abgabe für die Müllabfuhr in Travemünde. 8. Haushaltsplan, betreffend den Elbe-Tradekanal für das Rechnungsjahr 1919. 9. Mittel zur Erhöhung der Familienunterstützung. 10. Bürgerbücherei. IV. Dem Bürgerausschuß von der Bürgerschaft zur näheren Ermäßigung überwiehener und nicht in ungeschänderter Stellung an den Senat gebrachter Antrag von Dr. Witte, betreffend Erlaß gesetzlicher Bestimmungen zur Gewährung und Erhaltung von billigem Grund und Boden für Wohn- und industrielle Zwecke. V. Gewährung der Vereinnahmung der selbständigen Schneider- und Schneiderinnen in Lübeck betreffend Zuteilung von Nähgeräten. VI. Gewährung der freien Vereinigung der Kriegsbekämpften im Freistaat Lübeck, betreffend Auszahlung der sog. Dreimonatsrate u. a.

Der Bürgerausschuß genehmigte resp. beantwortete in seiner Versammlung am Mittwoch folgende Anträge des Senates: Uebernahme von Ruhegehältern früherer Lehrkräfte der Erzieherschule auf staatliche Mittel. Erhöhung der Kurtaxe in Travemünde um bis zu 50 Prozent. Kriegszuschlag zu der Abgabe für die Müllabfuhr in Travemünde. Mittel zur Konfirmationsausstattung bedürftiger Kinder. (5000 Mk.) Bewilligung von 15 000 Mk. an den Rat der vereinigten Berufe. Landverkauf in Angerau. Haushaltsplan, betreffend den Elbe-Tradekanal für das Rechnungsjahr 1919. Verkauf einer Grundfläche am Kanal bei Büchen. Gemäß dem Bericht der Kommission zur Vorprüfung des von der Bürgerschaft dem Bürgerausschuß zur näheren Ermäßigung überwiehener Antrags Dr. Witte, betreffend Erlaß gesetzlicher Bestimmungen zur Gewährung und Erhaltung von billigem Grund und Boden (Kohland) für Wohn- und industrielle Zwecke wurde dieser in abgeänderter Form dem Senat entgegengebracht.

Billiges Holz für Minderbemittelte. Der Bürgerausschuß bewilligt am Mittwoch auf Antrag des Senates den Ankauf von Holz für die Abgabe von Holz an Minderbemittelte nach von ihr angelegten Bestimmungen. Der Betrag von 100 000 Mk. wird durch die Kriegszuschläge der 162er und

Die bürgerlichen Parteien Lübecks beginnen sich zu rühren. Vom Verein der Liberalen Volkspartei wurde gestern der Ueberritt in die neugegründete Deutsche demokratische Partei beschlossen. Im Anschluß daran wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Mitteldeutschenversammlung des Bezirks der Liberalen Volkspartei zu Lübeck hat einstimmig beschlossen, sich der Deutschen demokratischen Partei anzuschließen. Ebenso einstimmig verurteilt sie es, daß es in Berlin nicht gelingen ist, den Liberalismus zur Einigung zu führen. Die heutige Zeit macht empfindlichen Zusammenstoß aller Gleichgesinnten in einer Partei zur unbedenklichen Notwendigkeit. Wenn trotzdem nach der von führenden vorläufigen und nationalliberalen Parlamentariern geschaffenen Deutschen demokratischen Partei eine zweite Partei auf dem Plone erwägen, so bewirkt das ein Verkennen des Zweckes der Stunde. Diesen zur Zerstückelung anstatt zur Sammlung führenden Weg können aber die Anhänger im Lande nicht mitmachen und deshalb verlangt die Verammlung die Ablehnung der Verknüpfung der beiden Neugründungen in der Deutschen demokratischen Partei.“ Auch die Vertrauensmänner der hiesigen Nationalliberalen haben den Zusammenschluß des liberalen Bürgertums und das Aufheben der Nationalliberalen und Fortschrittler in der Deutschen Volkspartei auf nationaldemokratischer Grundlage begrüßt und gefordert, durch Wiederaufnahme der Verhandlungen auch eine Einigung mit der gleichfalls im Entstehen begriffenen zweiten bürgerlichen Parteigruppe, der „Deutschen demokratischen Partei“, herbeizuführen, um, wie vom Bürgertum allgemein gewünscht wird, die bürgerlichen Interessen in einer einzigen großdeutschen demokratischen liberalen Volkspartei, die auf den Organisations der feitherrigen liberalen Parteien aufgebaut ist und die am Resonanzfragen der heiderseitigen Gruppen unter keinen Umständen scheitern dürfte, bei Wiederaufbau des Reiches hervortreten zu sein. Die Nationalliberalen stellen einen besonders großen Teil der deutschen Gewalt- und Eroberungspolitik, und eine demokratische Partei, der sie beitreten, erhält dadurch eine schwer zu tragende Vorbelastung.

Folgende Eisenbahnzüge sollen jetzt verkehren:

Nach Büchen	8.05, 1.28, 5.28
Hamburg	6.03, 7.21, 10.40, 12.45, 3.40, 4.40, 6.55, 9.15
Gutin-Riel	7.25, 12.28, 4.37, 8.20, 1 nur bis Gutin.
Travemünde	7.25, 8.10, 12.04, 4.42, 8.20 * bis Niendorf-Offsee.
Kleinen	7.24, 12.10, 5.10, 8.20 * bis Stettin.

Inkunft in Lübeck:

Von Büchen	7.44, 12.36, 8.22
Hamburg	7.15, 8.49, 12.00, 1.58, 5.10, 6.18, 9.00, 12.32
Gutin-Riel	7.25, 9.37, 12.38, 8.22, 1 nur von Gutin.
Travemünde	7.35, 12.20, 4.42, 8.20, * ab Niendorf-Offsee.
Kleinen	10.22, 3.20, 8.22, W = Werktag.

Aushebung des § 395 der Reichsverfassung. Der Paragraph 395 der Reichsverfassung bestimmt, daß die Geschäftsführenden Angestellten der Krankenkassen und die mit Personalbeamten oder auf Lebenszeit angestellten Beamten zu Personalbeamten gemacht werden sollen. Die Krankenkassen haben bisher von diesem Recht aus verschiedenen Gründen wenig Gebrauch gemacht. Sehr viele Krankenkassenangestellte sind daher ohne Pensionen und Hinterbliebenenversorgung geblieben. Jetzt ist eine Verordnung erlassen, wonach dieser Paragraph aufgehoben wird. Krankenkassenbeamte können also nicht mehr den Charakter als Gemeindefunktionäre erhalten, sie werden aber dadurch in weitestem Umfang den Zugang zur Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung finden.

Der Unterkunftsbedarf, Nachweis von Schlafstellen und möblierten Zimmern an berufstätige Frauen, hat schon seit einiger Zeit seine Tätigkeit in Lübeck aufgenommen. In dieser Zeit, in der die Soldaten in die Heimat zurückkehren, macht sich der Mangel nicht nur von Wohnungen, sondern auch von Einzelzimmern und Schlafstellen ganz besonders fühlbar. Der Unterkunftsbedarf hat es sich zur Aufgabe gemacht, dieser Notlage nach besten Kräften abzuhelfen. Er erbittet daher dringend Meldungen von möblierten Zimmern, Schlafstellen usw. Meldungen und Gesuche werden vom 28. November an an die neue Geschäftsstelle, Wohlfahrtsamt, Untertrave 104 (Kaiserhof), erbeten. Dort befindet sich von jetzt ab auch die Fürsorgevermittlungstelle. Alles Nähere siehe Inserat.

Beratungsstelle für Kriegsbeschädigte. Die Beratungsstelle für Kriegsbeschädigte nimmt am Freitag nachmittag ihre Tätigkeit auf. Die Sprachsachen finden bis auf weiteres werktäglich von 5-6 Uhr nachmittags statt und zwar im Wohlfahrtsamt, Untertrave 104. Die Beratungsstelle will, wie sich aus dem Angeigentlich dieser Nummer ergibt, Kriegsbeschädigten, d. h. allen durch den Krieg wirtschaftlich Geschädigten und dadurch in Bedrängnis Geratenen mit Rat und praktischer Hilfe zur Seite stehen. Die Tätigkeit der Beratungsstelle, die mit den verschiedenen Abteilungen des Wohlfahrtsamtes und den mannigfachen sonstigen Hilfseinrichtungen in enger Verbindung steht, ist kostenlos.

Die Behandlung der feindlichen Kriegsgefangenen sowie den Entlassungsangus der Soldaten betreffen Verordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates Hamburg in unserm Blatte, auf die wir hierdurch hinweisen.

Mittels Einbruch wurden in vorletzter Nacht dem Besitzer Weaner — Hof Bunteluh — zwei wertvolle Arbeitstische mit sehr wertvollen und zwar ein Buchschloß mit einem weißen Hinterfenster, wenig stabilen Brandmalen am Vorderfuß und Metallbrandmalen am rechten Schenkel sowie ein vierjähriger brauner Hengst. Beides sind Halbpferde, befanden sich im guten Futterzustande und sind ca. 170 cm groß.

Im Biophon-Theater gelangt täglich bis einschließlich Montag der neueste Kunitzfilm der „Horo-Film-Ges. Berlin“ den Frauen zu Lieben und heißen zur Aufführung. Mit diesem Vier-Akter ist ein wahres Meisterwerk der Kinetographie herangebracht. Obgleich der Film große seelische Konflikte zeigt, so ist er doch niemals roh und das gerade ist sein Kunstwert.

Wegen Schleichhandels mit Schweinefleisch wurde ein in der Hanfsackstraße wohnhafter ehemaliger Werkmeister festgenommen. Derselbe suchte das von ihm auf dem Schleichwege erworbene Fleisch zu dem Preise von 11 Mk. per Pfund in den Handel zu bringen.

Gehehretes Festgenommen wurde die Ehefrau eines in der Pringsstraße wohnhaften Schankwirtes wegen Hehleret. Dieselbe hatte auf dem hiesigen Schlachthofe gestohlenes Fleisch und Fett von den Dieben gekauft, um damit einen schandhaften Handel zu treiben. Da die Festgenommene dieses unehrliche Geschäft schon längere Zeit betrieb und sich dadurch eine fortlaufende Einkommensquelle sicherte, dürfte ihr Treiben als gewerbsmäßig zu betrachten sein.

Verhaftete Diebin. Festgenommen wurde eine hüllungslose Lehrschwester, die verschiedenen Angestellten des Allgemeinen Krankenhaus Krankenzimmer und Wäsche usw. gestohlen hatte.

Gehehretes Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Nieder-Bopendorf, der auf Grund gefälschter Lebensmittelausweise verurteilt, sich in den rechtswidrigen Besitz von Nahrungsmitteln zu setzen. Wegen des gleichen Vergehens wurden zwei weitere hiesige Arbeiterinnen zur Anzeige gebracht.

Wegen des gleichen Vergehens wurden zwei weitere hiesige Arbeiterinnen zur Anzeige gebracht.

Hamburg, Gasvergiftung aus Schwermut. Schwermut über den Verlust ihres Sohnes, der über das Treppengeländer gefallen und daran gestorben ist, gab einer in der Hurboldstraße Nr. 118 wohnenden 37jährigen Frau Anlaß zu dem Versuch, sich mit ihrer lebensfähigen Tochter durch Gas zu vergiften. Man fand Mutter und Tochter in bewußtlosem Zustand in der Küche vor. Es gelang nach fast einstündigen Bemühungen, beide wieder zum Atmen zu bringen, worauf sie dem Krankenhanse zugeführt wurden.

Hamburg, Die aktiven 76er an die Reichsregierung. Von unserem aktiven Infanterieregiment 76 geht uns aus Gärten, Kreis Wipperfurth heute folgende Telegramm zu: Der Soldatenrat des Regiments sandte an die neue Regierung folgendes Telegramm: An die Reichsregierung Herr, Oase! Wir unterstützen die sozialdemokratische Regierung, wir bekämpfen jeden Terror, wir wollen Arbeit, Frieden und Brot. Der Soldatenrat.

Hamburg, Die Bildung einer „Roten Garde“ in Hamburg wurde am Mittwoch von einer Versammlung der linksradikalen Kreise in der Bismarckstraße, das man ohne terroristische Akte nicht auskommen könne. Das Blatt „Die Rote Fahne“ solle nicht im Sinne der Unabhängigkeit gelesen werden, sondern dahin wirken, daß der Volkswortführer (Kommunisten) durch die Diktatur den Sieg gewinne. Die Mehrheit der Hamburger Arbeiterschaft hat mit diesem Vorschlag nicht zuzustimmen. Die erste Bürgerlichkeitsregierung nach der Revolution und nach der Ablegung und Wiedereingetung von Senat und Bürgerschaft fand am Mittwoch statt. Sie begann sehr erregt, als Dr. Laufenberg im Auftrag der revolutionären Gewalt das Wort nahm und betonte, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Macht übernommen habe. Der Präsident der Bürgerschaft betonte, daß man sich der Macht füge, aber er lege nachdrücklich Verwahrung gegen die Gewaltthatigkeit ein. Dann betonte er, daß Dr. Laufenberg erklärt hätte, daß ein Vorgang wie der heutige sich nicht wiederholen werde. Dann nahmen die Beratungen über die Senatsvorlagen ihren normalen Verlauf.

Hamburg, Die Heimkehr der Deltaländer. Die in Altona wohnenden Deltaländer, die bei Kriegsbeginn von der Insel fortgeschickt worden waren, haben, Anwendung erhaltend, in der nächsten Woche mit ihren Angehörigen nach Deltaland zurückkehren.

Altona, Gasvergiftungen. Durch austretendes Gas wurde in einem Keller in der Gertrudenstraße ein Händler getötet. Man vermutet, daß Undichtigkeit der Gasleitung den Tod des Mannes herbeigeführt hat. Eine in der Verdenstraße wohnende Witwe hatte von der Gasleitung den Schlauch entfernt und sich dann durch das austretende Gas getötet.

Riel, In Erwartung der englischen Kontrollkommission. Die englische Kommission zur Kontrolle der Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen zur See wird sich in diesen Tagen auf dem Linienfähri „Hercules“, begleitet von 1 Zerstörer und einem Hilfsfähri, nach Wilhelmshaven und alsdann nach Riel begeben. Die Fahrt von Wilhelmshaven nach Riel wird durch den Kanal erfolgen. Eine Grund zur Beunruhigung für die Schifffahrt in der Ostsee besteht demnach nicht.

Riel, Ein entsetzlicher Unfall. Dem leider ein junges Mädchen zum Opfer fiel, ereignete sich Dienstag mittag in der Holtener Straße. Von der Witwe kam die Straßenbahn Linie 1, mit Anhänger. Die Wagen waren, wie immer um diese Zeit, mit Passagieren, meist Arbeitern, dicht besetzt. Auf dem Trittbret des Motorwagens stand ein junger Mensch von 18 Jahren. In der Mitte des Teils der Holtener Straße, zwischen Innenhofe und Lehmberg, war eben ein Abfuhrwagen über das Straßenbahngeleise nach der anderen Seite gefahren. In demselben Augenblick näherte die Straßenbahn. Der junge Mensch wurde vom Trittbret erschleudert, geriet unter den Motorwagen, wurde noch eine Strecke mitgeschleift und so embleich zerschmettert, daß der Tod sofort eintrat.

Güstrow, Ein Güterzug zusammenstoß mit einem von Wismar kommender Leertzug ereignete sich nachts auf dem hiesigen Bahnhof. Die beiden Züge fuhren aufeinander, wodurch eine Anzahl Wagen zertrümmert wurden. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Eine Dienstmagd rettete sich rechtzeitig durch Abpringen. Der Materialschaden dürfte aber beträchtlich sein.

Wismar a. d. R. Opfer des Eises. Auf dem Städt. Brack ist Dienstag der 9 Jahre alte Knabe Ernst Gödecke eingebrochen und ertrunken.

Lüneburg, Mord? Im Forst Wintermühle bei Lüneburg wurde ein Mann mit so schweren Verletzungen aufgefunden, daß er starb, bevor er vernommen werden konnte. Seine Personalien konnten noch nicht festgestellt werden. Ansehend liegt Mord vor, denn der Verwundete trug am Kopfe Verletzungen, wie sie von einem Hammer oder anderem schweren Werkzeug herzurühren scheinen. Dem Getöteten fehlen die Stiefel.

Neueste Nachrichten.

Vom Parciausbruch.

in Berlin, 29. November. Nach der „Vollz.“ nahm der Parciausbruch der sozialdemokratischen Partei eine Entschiedenheit an, in der sich die Partei zu der politischen Gleichberechtigung aller Volksgenossen bekennt. Die Partei erblickt in der allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahl aller Männer und Frauen die wichtigste politische Errungenschaft der Revolution und sieht darin ein Mittel, die kapitalistische Gesellschaftsordnung nach dem Willen des Volkes in planmäßiger Arbeit zur sozialistischen umzuwandeln. Die Partei spricht ihre Entschlossenheit aus, die Errungenschaften der Revolution gegen alle gegenrevolutionären Bestrebungen bis zur letzten Verteidigung zu verteidigen, wendet sich aber zugleich mit Entschiedenheit gegen alle, die dem deutschen Volke das Stimmrecht vorenthalten wollen, sei es auch unter dem Vorwande der Diktatur gegen seinen eigenen Willen. Es wird die schließliche Einberufung der Nationalversammlung verlangt. Die Genossen im Reich werden aufgefordert, für die baldige Einberufung der Nationalversammlung zu wirken.

Rat, 29. November. Von Baden aus sind die letzten Truppen landeinwärts gezogen, jedoch alle deutschen Truppen rechtzeitig das Feindesland verlassen haben. Der Durchmarsch des Reiches der Truppen durch die anderen rheinischen Städte erfolgt in voller Ordnung. Gegenwärtig einsetzende Provokationen einzelner Abgeordneter, die sich für die Röhler Arbeiter- und Soldatenrat an die Reichsregierung.

Verantwortung für die Kubitz. Aus dem Reichsparlament sind die mit P. L. gezeichneten Artikel von Paul Baumgarten, dem gesamten übrigen Inhalt. Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Mebes & Co. Sämtlich in Lübeck.

Männer und Frauen Lübecks!

Tretet der deutschen demokratischen Partei bei.

Anmeldungen: Geschäftsstelle Breite Strasse 13, I.

6105

An unsere Anzeigenbesteller.

Infolge der stetig wachsenden Unkosten sehen sich die Verleger sämtlicher Lübeckscher Tageszeitungen gezwungen, vom 1. Dezember 1918 ab

eine weitere Erhöhung der Anzeigenvreise vorzunehmen. Die Aufnahmegebühr in den „Lübecker Volksboten“ beträgt von dem genannten Zeitpunkt ab für die einseitige Beilage:

für Anzeigen aus Lübeck und Umgegend . . . 60 Pfg.
für Arbeits- und Wohnungsanzeigen aus dem gleichen Gebiet . . . 50 Pfg.
für Anzeigen von auswärts, einschließlich Stellen- und Wohnungsanzeigen aus diesen Gebieten 60 Pfg.
Wegen Papiermangels können wir nicht die Gewähr übernehmen, daß der Abdruck der bestellten Anzeigen an einem bestimmten oder vorgeschriebenen Tage erfolgt. Wir müssen uns bis auf weiteres das Recht vorbehalten, ohne Rücksicht auf den Auftraggeber die Veröffentlichung der Anzeigen um eine oder zwei Nummern zu verschieben.
Lübeck, 29. November 1918.

Verlag des „Lübecker Volksboten“.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

der in der Kohlenbranche beschäftigten Bunkerleute, Kohlenplatzarbeiter und Kohlenkutscher
am Sonnabend, dem 30. November
abends 8 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Bericht der Lohnkommission.
2. Diskussion.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig.
Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.

Verwaltungsstelle Lübeck,
Distrikt Schlutup.

Versammlung

sämtlicher in den

Räuchereibetrieben und Marinieranstalten in Schlutup beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
am Sonnabend, dem 30. November
abends 7 Uhr

im Lokale des Herrn H. Vetter (Gasthof zur Post).

Tagesordnung:

1. Die heutige wirtschaftliche Lage.
2. Lohn- und Arbeitsbedingungen in den hiesigen Räuchereien.

Referent: Kollege Radde-Lübeck.

Sämtliche früher und jetzt in den Betrieben Beschäftigten müssen erscheinen.

Die Orts- und Distriktsverwaltung.

Zentral-Verband der Handlungsgehilfen.

Öffentliche Versammlung

sämtlicher weiblichen und männlichen Angestellten im Handelsgewerbe
am Sonnabend, dem 30. November
abends 7 1/2 Uhr

im gelben Saal des Stadttheaters.

Tagesordnung:

Die neue Zeit u. die Handlungsgehilfen.

Referent: Kollege Hart.

Der Einberufer.

Heimkehr- und Abschieds-Ball des II. Bataill. Inf.-Reg. 162 (Feld)

Freitag, d. 29. November
in der Stadthalle. Anfang 7 Uhr.

Freier Eintritt nur für die Soldaten d. Feld-Bataillons

Inf.-Reg. 162, H.-G.-L. II. 162, H.-W.-L. II. 162.

Der Vorstand d. Feld-Bataill. I.R. 162.

Nähmaschinen-Reparatur-Werkstatt

Reparaturen an sämtliche Spezialmaschinen sowie Strickbetrieb werden schnell und billig ausgeführt. Bitte Postkarte.

Joh. Meier,
6098) Arminstr. 12a.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Reb.-Sparn. Clubs.

Gasthof am Kreuzweg

Secretz.
Sonntag, den 1. Dezember:
Familien-Ball.
Anfang 5 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
6135) Emil Cordts.

Hansa-Theater.

Des grossen Erfolges wegen
täglich
Sah ein Knab' ein Röslein steh'n.
Operette in 3 Akten von Spangenberg.
Sonntag nächst, 3 Uhr:
Die Csardasfürstin
Abends 7 Uhr: (6110)
Sah ein Knab' ein Röslein steh'n.

Stadttheater Lübeck.

Montag, den 2. Dezember 1918
abends 8 Uhr:

Vortrag
von G. A. Karl Heidmann
Mitglied des Stadttheaters
im Marmorsaal
über
Die Weltrevolution und das Volk der „Lechter u. Center“
ein Aufruf zu fäh' em Geist.
Eintrittskarten Mk. 1.—.
Karten sind an der Theaterkasse zu haben. (6127)

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19. 6119

Freitag, den 29. November:
Außer Abonnement.

Das Höllisch Gold.
Der Ring des Polykrates.
Anfang 7 Uhr.

Sonnabend, den 30. November

Rose von Stambul.

Sonntag, den 1. Dezember
Vormittags 11 Uhr

Vormittagsvorstellung
Frank Wedekind.
Nachmittags 2 1/2 Uhr.

Carmen.
Opernpreise.
Abends 7 Uhr

Waffenschmied
Montag, den 2. Dezember
im Marmorsaal

Vortrag
von G. A. Karl Heidmann
Mitglied des Stadttheaters.

Karten zu Mk. 1.— sind an der Theaterkasse zu haben.

Weihnachts-Handarbeiten

Meistvorragende Auswahl in aufgezeichneten Handarbeiten zum Ausschmücken der Schlafzimmer, für Wohn- und Esszimmer und Küche

Spielwaren-Ausstellung

Große Auswahl in allen beliebigen Geschenkartikeln. Baldiger Einkauf ist zu empfehlen

Markmann & Meyer.

6112

Beachten Sie unsere Fensterauslagen.

Große Volksversammlung

am Sonntag, dem 1. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr
im Hansatheater, Moislinger Allee.

Tagesordnung:

Das neue Deutschland und seine Zukunft.

Referent: Reichstagsabg. Rudolf Wissell, Berlin.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Bürger und Soldaten! Erscheint in Massen in dieser Versammlung.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Nur im Biophon

Ab Freitag, dem 29. November, bis einschließlich den 2. Dezember:

Erstaufführung des neuesten mit fabelhaft großem Erfolg in Berlin aufgeführten Filmwerks

Wenn Frauen lieben u. hassen

Ein sensationeller Liebesroman in 4 Akten.
In den Hauptrollen: Mia Pankau, Martha Olanda, Werner Krauß.

Aus dem Inhalt:
1. Akt: Der Forschungs-Reisende Dr. Martens. — Das Abschiedsfest beim Fürsten. — Glückliche Ankunft in Indien. — Sakuntale, eine Indierin. — Der Diebstahl im heiligen Tempel. — Die Verfolgung. — Errettung vom Tode auf dem Scheiterhaufen. — Die Liebe Sakuntalas zum weißen Manne. — Warnung der Mutter. — Wieder in Europa. — Die Hochzeit.
2. Akt: Gräfin Alexandra, die frühere Geliebte Dr. Martens. — Das Fest. — Alexandras bezaubernde Reize. — Die verbotene Liebe. — Eifersucht.
3. Akt: In dunkler Nacht. — Sei vorsichtig. — In heißer Sehnsucht und banger Erwartung. — Der Plan der Vernichtung. — Der Verrat Sakuntalas. — Der Tod des Fürsten. — Die schöne Alexandra. — Das geheimnisvolle Duell. — Erstochen.
4. Akt: Die Freigabe des vielumkämpften Mannes. — Verstoßung der Tochter am Grabe des Gatten. — Wenn die Liebe stirbt. — Zertretenes Glück. — Verlassen. — Geschönt mit dem Tode. — Wenn Frauen lieben und hassen.

Der Meister-Detektiv. 3 Akte.
Im Angesicht des Todes. 5 Akte.
Sonntag: Große Kindervorstellung.
Anfang 1 1/2 Uhr. 6101

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, d. 1. Dezember
nachmittags 3 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Kartellbericht.
3. Verbandsangelegenheiten.
Um vollständiges Erscheinen erludt
6139) Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung d. Straßenbahner

am Sonnabend, dem 30. November
abends 9 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Die Aufgaben der Straßenbahner in der Zukunft.
2. Freie Aussprache.

Referent: Reichssektionsleiter Rahtmann, Berlin.
Um das Erscheinen sämtlicher Straßenbahner ersucht
Der Vorstand.
6165)

Das letzte Rettungsboot.

Schwere Gefahren von innen und außen bedrohen die junge deutsche Republik, die wir vor kurzem jubelnd begründet haben. Wenn nicht die Masse des Volkes einen kräftigen, gesunden und höchst energischen Willen zeigt, kommen wir sicher unter die Räder.

Für die auswärtige Politik ist folgendes von entscheidender Bedeutung: Die französischen Generale wollen jetzt mit der deutschen Republik das selbe Spiel spielen, das die preussischen Generale in Breslau mit der russischen Republik gespielt haben. Ein Vorwand wird gesucht, um den Waffenstillstand für erledigt zu erklären und den Krieg wieder aufzunehmen. Deutschland ist wehrlos. Das scheint den französischen Militaristen eine nie wiederkehrende, sofort zu padende Gelegenheit, es für mindestens ein Jahrhundert vollständig zu erledigen.

Zweitens: die Entente hat mit Rußland noch keinen Waffenstillstand abgeschlossen, sie steht mit Rußland im Krieg und benutzt die frei gewordenen Kräfte, um diesen Krieg ganz energisch zu führen. Siebenmalhunderttausend Mann sind von Rumänien nach Rußland unterwegs. Sie werden in der Ukraine, im Don- und Kubangebiet Verstärkung erhalten. Das bolschewistische Rußland ist noch viel mehr als das zaristische ein Koloss auf tönernen Füßen. Die Bolschewiki haben seinerzeit die russische Nationalversammlung auseinandergejagt, in der sie die Minderheit hatten. Sie würden heute bei Neuwahlen, die in voller Freiheit vor sich gingen, zweifellos noch viel schlechter abschneiden. Die bolschewistische Herrschaft stützt sich auf keine Volksmehrheit und ist in ihren Grundfesten unterwühlt.

In ihrer begreiflichen Verzweiflung suchen die bolschewistischen Herrscher Rußlands Bundesgenossen und stellen ihre ganze Hoffnung auf Deutschland. Die Agitation des sogenannten Spartacusbundes, der Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Paul Levi, ist — unter dem Gesichtswinkel der auswärtigen Politik betrachtet — nichts anderes als ein bewußt oder unbewußt unternommener Versuch, Deutschland an Seite des verräterischen Rußlands noch einmal in einen letzten Verzweiflungskampf mit der Entente hineinzutreiben. Die tolen Spartacisten haben also das Werk der sogenannten nationalen Verteidigung dort wieder aufgenommen, wo es die tolen Alideutschen liegen lassen mußten. In ihrem Berliner Organ, „Die rote Fahne“, sind kriegerische Hektone gegen die Entente schon deutlich vernehmbar. In einer Berliner Versammlung der Frontsoldaten sprach der große Politiker Karl Liebknecht das geflügelte Wort: „Mit Wilson werden wir auch noch fertig werden!“ Das ist dieselbe Sprache, die Wilhelm II., Tirpitz und Reventlow führten, als der U-Boot-Krieg losging.

Die tolen Spartacisten rechnen, so sicher wie Tirpitz auf das Verhungern Englands rechnete, auf die bolschewistische Weltrevolution. Sie vergessen, daß die Ausfühler der Revolution in einem siegreichen Lande allemal ebenso schlecht sind, wie sie in einem geschlagenen allemal gut sind. Als Deutschland auf der Höhe seiner militärischen Erfolge stand, wäre jeder Revolutionsversuch im Handumdrehen zusammengeknallt worden. Gewiß werden sich auch in den siegreichen Ländern ungeheure Umwälzungen vollziehen. Wann sie beginnen und welchen Verlauf sie nehmen werden, kann aber niemand vorausagen. Läßt die Revolution im Westen auch nur ein halbes Jahr auf sich warten, so genügt diese Zeit vollkommen, um einen neuen Verzweiflungskampf gegen die Entente mit der grauenhaftesten Niederlage enden zu lassen.

Es steht heute schon fest, daß ganz Süddeutschland und die Rheinlande einen Bundeskrieg auf Seiten Rußlands gegen die Entente nicht mitmachen würden. Bekommt nicht ganz Deutschland Frieden, so werden sie sich als selbständige Staaten konstituieren und für sich allein mit der Entente Frieden schließen. Als Bundesgenosse des bolschewistischen

Rußlands bliebe also höchstens Preußen östlich der Elbe übrig.

Daß die russische Regierung nach jedem Strohhalme greift, um sich vor dem sicheren Untergang zu retten, ist begreiflich. Unbegreiflich wäre es, wenn das deutsche Volk den hoffnungslosen Versuch machen würde, für dieses bolschewistische Rußland in einen neuen Kampf einzutreten. Wir können es menschlich bedauern und verurteilen, wenn sich die Entente in die inneren Verhältnisse Rußlands einmischt, aber ändern können wir es in unserem jetzigen Zustand am allerwenigsten. Und so wenig wir mit den kapitalistischen Regierungen der Entente solidarisch sind, so wenig können wir uns auch auf den Boden der Moskauer Bolschewistenregierung stellen, die gegen alle demokratischen Grundsätze nach asiatischer Despotenart regiert.

Auf alle Fälle müssen wir uns darüber klar sein, daß alles bolschewistisch-spartacistische Treiben in Deutschland nicht den Weltfrieden, sondern neuen Weltkrieg bedeutet. Die Demokratie, die konstituierende Nationalversammlung ist der Friede! Die Demokratie, die konstituierende Nationalversammlung ist die Sicherung der Reichseinheit! Die Demokratie, die konstituierende Nationalversammlung ist unser letztes Rettungsboot. Haben wir nicht mehr die Kraft, es zu besteigen, so werden wir in einem neuen Blutmeer untergehen.

Revolution und neue Ordnung.

Das Große und Segensreiche der Revolutionen ist, daß sie die alten Fesseln sprengen. Ihre größte Gefahr besteht immer darin, daß sie alle politischen und sozialen Bindungen so kräftig zerstören, daß sich überhaupt keine neue Ordnung bildet. Aus der Unordnung erfolgt dann jedesmal der Rückschlag in die Diktatur, gewöhnlich in die eines Militärs. Wenn die Errungenschaften der Revolution gegen sofortige kontrerevolutionäre Aufsehnungsversuche gesichert sind — und das ist heute in Deutschland nahezu der Fall — muß die größte Sorge darauf gerichtet sein, eine neue Ordnung zu besiegeln, um der später drohenden Gegenrevolution vorzubeugen.

Wir vertrauen darauf, daß auf politischem Gebiet die deutsche Sozialdemokratie diese Aufgabe lösen wird. Ihr Kampf für die Nationalversammlung wird binnen kurzem zum unbestrittenen Siege geführt sein. Der große Rat des ganzen deutschen Volkes wird alle Parteien und alle Klassen genau in dem Verhältnis zur Geltung bringen, in dem sie im Volke selbst vertreten sind. Er wird genügende Autorität besitzen, um die neue Verfassung als feste Ordnung im Inland und Ausland zur Anerkennung zu bringen.

Die gleiche Gefahr der Anarchie wie auf politischem Gebiete droht aber im Bereiche des Wirtschaftslebens. Hier obliegt es vor allem den Gewerkschaften, dafür zu sorgen, daß bei der großen sozialen Umwälzung, welche die Revolution ebenfalls darstellt, nicht jedes Recht und jede Ordnung verloren geht.

In Oberschlesien und teilweise auch schon im Ruhrrevier sind wilde Bergarbeiterstreiks ausgebrochen. Zugrunde liegen ihm gleichermaßen politische und wirtschaftliche Motive. Welche ungeheure Gefahr solche Zustände im gegenwärtigen Augenblick heraufbeschwören, liegt auf der Hand. Ohne Röhren stößt der Abtransport der Truppen, die Heranzuführung von Lebensmitteln, Beleuchtung und Heizung und bald das ganze Wirtschaftsleben. Es ist charakteristisch, daß nicht etwa die fortgeschrittensten Arbeiter es sind, welche diese schwere Störung der Lebensgrundlage hervorrufen, sondern gerade diejenigen, in deren Reihen bisher die Aufklärung und der Organisationsgedanke keinen Zutritt fanden.

Um diesen wilden Bewegungen entgegenzuwirken, haben die Volksbeauftragten nur zwei Mittel. Auf der einen Seite müssen sie dafür sorgen, daß überall zwischen den Unter-

nehmerverbänden und den Gewerkschaften feste Vereinbarungen über Arbeitszeit und Lohnhöhe geschlossen werden, wie das in dem großen Gewerkschaftsvertrag vom 15. November angebahnt ist. Auf der anderen Seite dürfen sie keinen Zweifel daran lassen, daß die Arbeit jetzt nicht mehr zum Profit einzelner Kapitalisten, sondern in der Hauptsache für die Allgemeinheit und zum Wiederaufbau der gesamten deutschen Volkswirtschaft geleistet wird.

Dann wird es hoffentlich gelingen, die deutschen Arbeiter davon zu überzeugen, daß sie selbst keinen dauernden Nutzen davon hätten, wenn sie jetzt mit einem Schlage die Arbeitszeit auf 6 Stunden herabdrückten und allgemeine Mindesttagelöhne von 30 Mk. unter Aufhebung der Akkordarbeit und alle anderen bisher üblichen Lohnformen durchsetzten. Einer solchen Belastungsprobe wäre die an sich so sehr schwer belastete deutsche Wirtschaft im gegenwärtigen Augenblick nicht gewachsen, sie müßte zusammenbrechen. Hoffentlich obliegt hier auf wirtschaftlichem Gebiet die gesunde Vernunft und klare Einsicht der aufgestellten Arbeiterschaft über primitive Instinkte und russische Methoden genau so, wie sie auf politischem Gebiet den Sieg davon getragen hat.

Der Volksbeauftragte Barth über die Arbeiter-Zustände.

In einer Vollversammlung des Arbeiterrats Groß-Berlins nahm der Volksbeauftragte Barth Gelegenheit, sich mit den in letzter Zeit ausgebrochenen Streiks auseinanderzusetzen. Er führte u. a. aus: Gestern galt der Lohnkampf noch dem Kapitalismus, heute gilt er der Revolution und ihren Errungenschaften. Es sind sehr kleine Geister, die da glauben, aus der Revolution eine Lohnbewegung machen zu können; sie scheinen nicht zu wissen, daß der Feind der Revolution vor den Toren steht und daß sich jetzt das allgemeine Interesse auf ganz andere Dinge konzentrieren muß als auf Kämpfe um Arbeitszeitverkürzungen und Lohnhöhungen. — Zum Beweise dafür, daß es jetzt um mehr geht, besprach der Redner sodann die Nahrungsmittelverhältnisse, in denen sich das deutsche Volk befindet und er wiederholte wörtlich seine Feststellungen im Plenarsaal des Reichstages, nach denen wir in einigen Wochen ohne Fett, in drei Monaten ohne Mehl und in fünf Monaten ohne Kartoffeln bestehen werden. Unter diesen Umständen sei es geradezu trivial, die Errungenschaften der Revolution jetzt mit Arbeiterbewegungen zu belasten.

Der Redner kam sodann auf die Bergarbeiterausstände zu sprechen und stellte fest, daß auch im Ruhrrevier die Forderung augenblicklich auf ein Zehntel zurückgegangen ist. Wenn die Streiks in Oberschlesien nicht beigelegt seien, so liege das nicht an dem für die Kohlenlieferung verantwortlichen Stellen; den Arbeitern seien Tagelöhne von 25 Mark und darüber angeboten worden, aber die Arbeiter hätten sich geweigert, entsprechende Gegenleistungen an Arbeit zu garantieren. Außerdem sei nach sehr zuverlässigen Nachrichten, die beim Arbeiterrat eingegangen sind, die Streiks in Oberschlesien von national-polnischer Seite bestellte Arbeit. Von der Kriegstrochhoffstelle sei berichtet worden, die für die deutsche Industrie nötigen Rohstoffe reichten noch auf sechs Monate, jetzt aber stelle sich heraus, daß diese sechs Monate nur Geltung hätten, wenn wir unsere Produktion im Durchschnitt auf 25 Proz. der Produktion von 1913 heruntersetzten.

Unter diesen Umständen, so schloß der Redner, treten deutsche Arbeiter heute in Streiks ein. Es ist schwer verständlich, von welchen Grundätzen sie sich dabei leiten lassen, es gehört doch wirklich wenig dazu, einzutreten, wobei die Lohnbewegungen jetzt führen und es gehört nicht viel dazu, sich zu vergegenwärtigen, welche Gefahren aus diesen Bewegungen augenblicklich der Revolution und ihren bisher errungenen Erfolgen drohen.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

62. Fortsetzung.

Er überdachte seine Lage. Er tat es zum erstenmal und sah zum erstenmal auch klar: sie war trostlos, sie war verzweifelt.

Wohin er sich auch wandte, er sah die Woge, die er gehen wollte, verpöht. Die Idee, daß er eine kleine Agentur übernahm, war einfach lächerlich. Gelegentlich den Fall, daß er eine bekommen hätte, er war nicht imstande, ihr vorzustehen. Er konnte nicht reden, kein Wort. Und er fühlte, daß das nicht besser werden würde. In seinem Gehirn war irgend etwas zerbrochen. Er spürte einen kaffenden Riß.

Er hatte ein unermessliches Ruhebedürfnis, er sehnte sich nach einem Schwitzen, das endlos war. Die lärmenden Kinderstimmen hämmerten auf seine Nerven ein, die schlürfenden Schritte des unzufriedenen Mannes draußen brachten ihn zur Verzweiflung. Und es war ihm unmöglich, noch einmal das Gesicht der Vermieterin zu sehen.

Alles das tat ihm nicht nur weh, es engte ihn ein, wie einen, der nahe daran ist zu ersticken. So machte er in kurzen Abständen ein paar Schritte durch das Zimmer, blieb stehen, starrte irgend einen Gegenstand versunken an und schrat dann plötzlich auf.

Wo war er und wohin gehörte er?

Er hatte kein Daheim. Er gefiel sich in der Vorstellung, in einem Krankenhaus zu liegen, wo Schwestern sich mit leichten Handgriffen um ihn bemühten. Diese Ruhe, dieses Schwitzen brauchte er, die Apathie eines Menschen, dem alles gleichgültig ist, weil vielleicht schon der Tod lauwend um sein Bett schleicht.

Alles Denken war ausgeschaltet, es war ihm abgenommen wie eine Bürde, der er nicht mehr gewachsen war. Andere dachten für ihn. Das war so wohlthuend. Die Gedanken haren durch ein vages Gefühl erheit, das halbwach träumte und oft ganz schlief.

Er war ein Nachtwandler. Die Welt war voll von Geheimnissen für ihn, die er überwunden hatte. Er stand außerhalb der Welt.

Und plötzlich nahmen seine Vorstellungen noch etwas Ruhigeres an. Er sah sich im Gefängnis. Dieses war noch friedvoller als das Krankenhaus, denn es war schon wie der Tod.

Wie war es nur möglich gewesen, daß er sich vor ihm so genötigt hatte? Er kannte es doch. Auch dort war es nicht nötig, daß man dachte. Einmal überwunden, hatte die Einsamkeit des Gefängnisses keine Schrecken mehr. Man lebte ruhig und war aller Konflikte entbunden.

Eine tiefe Nacht kam, ernst und doch barmherzig in ihrem ehernen Schweigen, und man erkrankt in ihr zu einem langen Schlaf. Alle Wünsche gingen heim, aber es gab auch keine Abgaben. Des Lebens wehgeloller Kampf war aufgehoben, es gab keine Niederlagen und keine Siege. Keine Zukunft lockte und keine Vergangenheit schreckte, indem sie das Gewissen aufwühlte. Man träumte in dem eignen Gleichmaß einer Gegenwart, die einen der Notwendigkeit jedes Handelns entbahr. Man war eine Nummer. Den Menschen hatte man abgelöst, begraben. Der Friede des Grabes war um einen.

Reisner spielte zunächst mit diesen Vorstellungen, die ihn anheimelnd anogen. Aber langsam nahmen sie ernsthaft von ihm Besitz, und er entdeckte neue Seiten an ihnen.

Er erinnerte sich der grausamen Aufforderung seiner Frau. Wie, wenn er dieser Aufforderung folgte? Ernst machte? Sich dem Gefängnis überließerte?

Nahm er damit nicht alle Schuld von seinen Schultern und lud sie ihr auf? So schwer, daß sie eines Tages unter ihr zusammenbrechen mußte?

Wie sollte sie der reichen Tafel, an der sie sich mit ihrem Kind niederzulassen gedachte, froh werden, wenn es ihr zugleich bewußt wurde, daß er währenddessen litt? Sie war es dann, die ihn ins Gefängnis gebracht hatte, sie und der andere, gegen den sich bald ihr Haß flammend richten würde, denn das Kind blieb immer als ein klummer Mahner da.

Oder war es nur Schwäche, wenn er es tat? Er hob lehnwärtig die Hände und bedeckte sein Gesicht mit ihnen. Ach, einmal ihr zeigen können, daß er die Kraft besaß, mit sich selbst fertig zu werden!

Hätte er sie nicht, hätte sie ihn ganz verlassen? Nein, nein, — es mußte sein! Er hätte die Fäuste. Einmal mußte er einstande sein, seine Person voll einzusehen, für eine Tat, die des Opfers wert war!

Mit nie empfundenen Süße durchdrann ihn das Bewußtsein, daß er Lucie noch liebte, sie und sein Kind, die beide eines Tages vor Scham vergehen mußten, daß sie ihn preisgegeben hatten.

Ein schöner, entschlossener Ernst überkam ihn mit einemmal, und alle Verzweiflung war aus seinem Herzen fortgeweht. Kein Haß war mehr da, keine Ueberbzwänglichkeit des Gefühls, kein wirres Träumen. — nur ein leises, erkanntes Sinnen.

Ein großer Schalter war von seinen Augen gezogen, und sein Ohr nam alle Geräusche gefäher, überlegener aus. Es wurde ihm möglich, über die gepreßte Höflichkeit des Zimmers, die ihn kurz zuvor noch niedergedrückt hatte, zu lächeln, den tagwandelnden unzufriedenen Mann draußen sah er nicht ohne Humor und der Rarm der Kinder schmerzte ihn nicht mehr.

Zimmer klarer straffte sich sein Wille. Und zugleich trieben ihn die hämmernden Pulse einer endgültigen Entscheidung zu.

Er nahm den Hut und ging fort.

Seine Anruhe wurde auf der Straße noch größer. Jeder Schritt, den er tat, trieb ihn immer heftiger dem einen Ziel zu, das ihm vorhiel: er schreite dem Staatsanwalt zu stellen.

Und ganz leicht und sicher war ihm zumute. Und auch an seine Frau dachte er nicht in diesem Augenblick und auch an sein Kind und auch gar nicht an Behrens. Nur jagenn wollte er es diesem, ruhig und sachlich sagen, womit die Angelegenheit dann für ihn erledigt wäre.

In wenigen Minuten war er in der Gegend des Anhalter Bahnhofes. Nach einigem Suchen fand er die Gasse. Frau Piehede öffnete ihn, und er fragte nach Behrens. „Hier“, sagte Behrens und wies ihm eine Tür, an die er zweimal klopfte. Behrens war nicht überrascht und zeigte auf das wurmtüchtige Sofa.

„Ich habe Sie erwartet, haben Sie sich die Sache überlegt?“

„Ja, ich habe mir die Sache reiflich überlegt“, antwortete Reisner.

„Gut, wieviel wollen Sie haben?“ erklärte Behrens ohne jede Anzüglichkeit. „Ich stehe natürlich mit Vergnügen zu Ihrer Verfügung.“

Reisner wunderte sich, wie sehr er schon außerhalb alles dessen stand, was ihn beleidigen konnte. Er war völlig ruhig. Und er ließ sich Zeit, ehe er sagte: „Ich habe mir die Sache auf andere Art überlegt, als Sie vermuten. Ich wünsche nicht, daß Sie mich schonen. Ich schone mich selbst nicht mehr. Ich gehe jetzt von Ihrer Wohnung aus direkt zu Gericht, um mich freiwillig zu stellen.“ Und er sah Behrens spöttisch an, um zu erfragen, welchen Eindruck die Nachricht auf ihn machte.

Doch Behrens war ebenso ruhig wie Reisner. Er hob nur ein wenig den Kopf. „Das wollen Sie? Wirklich?“

„Ja.“

„Warum wollen Sie es?“

„Das tut nichts zur Sache“, entgegnete Reisner. „Ich tue es, wie damit genug. Ich tue es logisch. Ich wollte es Ihnen bloß sagen.“

Behrens lächelte. „Ich verstehe. Sie tun es wegen Ihrer Frau. Ich soll sie nicht haben. Es tut Ihnen leid, sie mir abgetreten zu haben. Sie können sie mir nicht.“

„Im Gegenteil“, verachte Reisner ohne Spott, „ich gehe noch weiter: ich gönne Sie sogar meiner Frau. Sie soll glücklich mit Ihnen werden.“

„Sind Sie dessen so sicher, daß Sie es nicht wird?“

„Ich entspare es mir, darüber nachzudenken. Sie mag es selbst tun. Sie wird Gelegenheit dazu haben, wenn sie erst Ihre Frau ist.“

Das Problem des Deutschen Reiches.

Das Problem des staatsrechtlichen Neuaufbaues Deutschlands stellt sich dem ganzen Volke mit zwingender Kraft. Preußen hat seine Rolle als Präsidialmacht ausgespielt. In dem neuen Deutschland ist für das geschichtlich gewordene Preußen kein Platz mehr. Es muß in große Verwaltungsbezirke aufgelöst werden, für deren Gestaltung allein die geographische Lage, das wirtschaftliche Bedürfnis und die soziale Gliederung der Bevölkerung maßgebend sein dürfen. Ebenso ist bei den anderen Bundesstaaten vielfach eine Zusammenlegung, fast durchwegs eine Umagerung einzelner Gebietsteile möglich.

Aber alle diese Entschliessungen dürfen ebensowenig von provinziellen Körperschaften gefaßt werden, wie über das Schicksal von Reichsgebiet überhaupt provinzielle oder lokale Gewalten ohne Beratung und Teilnahme der Reichsregierung und der Nationalversammlung entschieden werden kann.

Leider haben sich verschiedene Landtage und Räte diese Selbstbeschränkung nicht auferlegt. Röhrg und vielleicht auch Meiningen haben sich für den Anschluß an Bayern erklärt, und die bayerische Regierung veröffentlicht auf eigene Faust völlerrechtlich verbindliche Noten. Ebenso ist in den letzten Tagen eine unorthodoxe Sonderrepublik ausgerufen worden, und die an sich sehr vernünftigen Bestrebungen auf Schaffung eines Groß-Deutschlands werden gelegentlich auch durch die Neigung verhärtet, das Reich vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die alten Rechtsabteilungen sind eben außer Kraft; aber soll die Reichseinheit nicht nach der Revolution noch mehr als zuvor durch die Reibungen der zentralen und lokalen Gewalten dauernd empfindlich gefährdet werden, so muß eine klare Abgrenzung der Kompetenzen erfolgen. Sonst werden die separatistischen Bestrebungen umso gefährlicher, als sie sehr gefährlich die Angst des Bürgertums vor einer sogenannten proletarischen Klassenherrschaft, vor dem Bolschewismus ausnutzen und in Mißdeutung der Kirchentrennung, über die eine ausführliche Regierungserklärung dieser Tage erfolgt, die Gefahr einer Religionsverfolgung an die Wand malen.

Die Nationalversammlung wird über die neue Gestaltung Deutschlands das entscheidende Wort zu sprechen haben. Zu diesem Zweck muß sich aber die Öffentlichkeit schon jetzt viel eingehender mit den staatsrechtlichen Problemen beschäftigen, als das bisher geschehen ist. Die Nationalversammlung wird sich vor allem über das Grundproblem klar werden müssen, ob eine staatsrechtlich garantierte oder eine mehr bundesstaatliche Reichsverfassung vorzuziehen ist. Die Entscheidung darüber wird wesentlich davon abhängen, ob auch Deutsch-Österreich künftig ein Teil der deutschen Volksrepublik sein wird. Steiermark kann nicht von Berlin aus veranlaßt werden; die bayerische Schulgesetzgebung kann nicht von heute auf morgen der freien Entscheidung der Bayern selbst aus der Hand genommen werden. Die überwiegende Strömung in Deutschland geht wohl dahin, den bisherigen föderativen Charakter des Reiches auch in der neuen Volksrepublik aufrecht zu erhalten.

Damit taucht aber sofort ein weiteres Problem auf. Die Nationalversammlung selbst muß in ihren Entscheidungen natürlich vollständig souverän sein. Die neue Verfassung, die sie der deutschen Volksrepublik gibt, könnte aber sehr wohl auch den einzelnen Landesstellen eine dauernde Teilnahme an der Regierung des Ganzen gewährleisten und ihnen eine gebührende Vertretung am Sitz der Regierung sichern. Es würde dann aus den Vertretern der einzelnen Bundesstaaten, deren Verfassung und Regierung natürlich genau so demokratisch sein müßte wie die des Reiches, ein Ausschuss gebildet werden, der etwa die Rolle des früheren Bundesrates, vielleicht mit beschränktem Rechten, zu spielen hätte, selbstverständlich ohne dessen reaktionären Charakter mit in die neue Zeit zu übernehmen, da ja die neuen Vertreter der einzelnen Reichsteile nicht mehr von Landesherren und schließlich reaktionären Regierungen, sondern eben von den demokratischen Volksvertretungen ihres Wahlbezirks die erforderlichen Anweisungen erhielten.

Alle diese und noch viele andere schwierige Fragen des deutschen Neuaufbaues fordern eine klare und zweifelsfreie Entscheidung, die für das Schicksal des Ganzen von wesentlicher Bedeutung sein muß. Eine Klärung der Ansichten muß bald eintreten, damit die Nationalversammlung auch in dieser Frage den nötigen Rückhalt in der Nation hat. Ihre Beschlüsse sollen nicht ohne inneren Zusammenhang mit den Volksgedanken erfolgen und nicht in der Luft schweben.

Für die heute drängenden Fragen des Zusammenhalts in der Übergangszeit bis zur Nationalversammlung muß tüchtige Arbeit geleistet werden und sie wird über allen Zweifel hinaus den Willen des ganzen deutschen Volkes fundieren, daß die Nationalversammlung so rasch wie irgendmöglich zusammenberufen wird. Ni aber diese Sicherheit erst einmal gegeben, dann tritt an uns die weitere Entscheidung heran, wie die Nationalversammlung Deutschland staatsrechtlich neu organisieren soll, und da werden wir zwischen unserer natürlichen Neigung zum Einheitsstaat und dem Bestreben einzelner deutscher Gebiete nach einem freien Ausleben ihrer Sonderart einen gerechten Ausgleich finden müssen.

Die berühmten „technischen Schwierigkeiten“.

Aus der alten überwundenen Bureaurenzeit kennen wir keine Ausrede besser als die mit den technischen Schwierigkeiten. Hatten wir es endlich so weit gebracht, daß eine Reform als notwendig anerkannt wurde, so wurde sie ganz gewiß unter Berufung auf die „technischen Schwierigkeiten“ noch ein paar Jahre hinausgeschoben. Inzwischen schwelten immer die berühmten „Erwägungen“, aber es waren zwischen den verbündeten Regierungen und den beteiligten Reformatoren darüber „Verhandlungen“. Nach diesem alten Bureaurenritual wollen manche die Frage der Konstituante behandelten. Da soll es z. B. unmöglich sein zu wählen, weil wir ja noch nicht wissen könnten, wo die Grenzen des neuen Deutschen Reiches verlaufen würden. Als ob die Franzosen nicht auch 1871 eine Nationalversammlung gewählt hätten, in der wohl die Schlaf-Volksbringer saßen! Gerade weil uns die Gefahr droht, daß man uns beraubt und am Leibe der Nation verheimlicht, wollen wir vorher noch eine große Vertreterversammlung haben, auf der alle wählen, die sich in geschlossener Masse zum Deutschen bekennen. Und sollten sie gewillt sein von uns losgerissen zu werden, wird die Nationalversammlung die feierliche Stätte sein, von der aus unter Protest gegen das gekündete Recht in die Welt geht.

Oder die Nationalversammlung soll erst gewählt werden können, wenn alle Soldaten daheim und wieder in ihrem Friedensberuf sind. Aber die Wahl zur badischen Nationalversammlung findet ja am 5. Januar statt, und in Baden, durch das der Rückzug des Heeres geht, das unmittelbar unter den feindlichen Kanonen liegt, ist die Wahl am Ende schwieriger zu organisieren als in Leipzig. Ebenfalls im Januar 1919 wählt Deutsch-Österreich seine neue Konstituante, wählen wahrscheinlich alle süd-deutschen Staaten und Hessen. England aber wählt gar schon am 14. Dezember, und die englischen Truppen sind dann wohl auch noch nicht alle zu Hause. Kanada und Australien haben mitten während des Krieges gewählt und es ist auch gegangen. In der übrigen Welt wird die Meinung, daß bis zum Februar die Truppen und auch die absonderlichen Kampfschiffe wieder in ihrer Heimat sind.

Die ausgebildeten technischen Schwierigkeiten besetzen also überhaupt nicht. Deshalb fordert die große Mehrheit des deutschen Volkes die sofortige Einberufung der Nationalversammlung.

Genossinnen! Arbeiterinnen!

Mit dem Sturz der alten Gewalt haben auch die Frauen Deutschlands ihre politische Freiheit erhalten. Die sozialistische Regierung hat, getreu der alten sozialdemokratischen Programmforderung verordnet, daß alle 20jährigen deutschen Männer und Frauen zur gesetzgebenden Nationalversammlung wahlberechtigt und wählbar sein sollen. Damit ist der vornehmste Grundsatze der Demokratie, wonach das gesamte Volk sein eigenes Geschick formen soll, durchzuführen.

In kurzer Zeit wird das deutsche Volk die Wahl zur Nationalversammlung vornehmen. Mehr als 20 Millionen Frauen haben das Recht der Stimmabgabe. Haben die bisher in Deutschland vollständig entrechteten Frauen die politische Reife, die sie befähigt über das zukünftige Geschick des Landes, in dem sie plötzlich vollberechtigte Staatsbürger geworden sind, zu entscheiden? Zeit tragen wir Frauen mit an der Verantwortung für die politische und wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Die Geschichte wird einst über uns urteilen. Richten wir heute unser Tun danach ein, daß wir uns einst verantworten, daß wir, die Trägerinnen der lebendigen Zukunft unserer Kinder einst voll in die Augen schauen können.

Politische Freiheit ist nicht wirtschaftliche Freiheit. Sie wird erst gewonnen durch den Sozialismus. Er allein bringt auch den Frauen die volle Unabhängigkeit. Soll die Revolution dem Sozialismus die Tore öffnen, müssen wir Frauen unser Teil dabei erfüllen.

Hinein in die sozialdemokratische Partei! Das muß heute die Losung für alle Frauen sein.

Wirtschaftliches.

Zur Rohstofffrage.

In den Köpfen, deren größte Sorge war, ein schneller Friedensschluß könnte ihrem Profiteur ein jähes Ende bereiten, spukt noch immer der Glaube, die unerschöpflichen Vorkommen auch fernherhin bestehen bleiben können. Durch bürgerliche Wähler gleiten jetzt oft Artikel, die dem Rohstoffmangel auch im Auslande beständigen sollen und die zwischen den Zeilen warnen, die Waren billiger, oder besser, zu gerechteren Preisen zu verkaufen. So schreibt z. B. der „Korresp. für Deutschl. Buchdrucker und Schriftgießer“ in einer volkswirtschaftlichen Abhandlung u. a.: Die Dinge haben sich anders entwickelt, als die Gegenwart annahm. Die Verhältnisse waren stärker als die Menschen. Es gibt im wirtschaftlichen Leben nur ein einziges Gesetz: Angebot und Nachfrage. Nach diesem regelt sich auch fortan wieder die Weltwirtschaft. Nur der Krieg müßte die abgeperrten Weltmächte außergewöhnliche Maßnahmen ergreifen lassen. Schon lange war bekannt, daß in Uebersee, wo viel von den in Europa benötigten Rohstoffen erzeugt wird, willkommen Ueberflüsse in allen möglichen Gütern, wie Kaffee, Tee, Tabak, Gummi, Zucker, Weizen, Woll- und Baumwollwolle, zur Verfügung stehen. Der Abschluß des vollernordenden Krieges hat uns nun die Gewißheit gebracht, daß Rohstoffe und Lebensmittel am Weltmarkt reichlich vorhanden sind, und daß auch unerschöpflicher Haß nicht lange anhalten wird, eingedenk dessen, daß einer auf den anderen angewiesen ist. Es soll zugestanden sein, daß der Krieg insofern auf den Weltmarkt einwirkte, daß viel vernichtet, mehr verbraucht und bei Produktion bedeutend eingeschränkt wurde. Auch Aufkäufe der Entente zu dem Zwecke, uns die Waren zu entziehen, taten ein übriges. Alles das reichte aber bei weitem nicht aus, den Ausfall am Verbrauche wettzumachen, der durch die Ausschaltung der Weltmächte mit ihren 110 Millionen Seelen entstand. In den viereinhalb Kriegsjahren wurden große Mengen an Rohstoffen aller Art aufgeschwemmt. Die Entente war unfähig, trotz aller erdenklichen Maßnahmen, diese Mengen aufzunehmen und förmliche Preisstürze fast aller Güter oder andere Folgen aufzuhalten. So ist jetzt das Bitul = 60,479 Kk. indischer Robusta-Kaffee ab Plantage für 17 holländische Gulden = 288,92 Mk. zu haben. Die größte Gummigezellschaft Hollands kann dies Jahr keine Dividende zahlen. Die Zuckereinte 1918 ist noch fast unverkauft. Auf Java lagen noch 21 Mill. Zentner Zucker. Mit Tabak und Tee ist es ähnlich. Nach englischer Statistik liegen in Australien noch 7 Mill. Tonnen Weizen, und für die Gesamtzeugung der australischen Wolle werden gar nur wenigstens 50 Mill. Pfund Sterling gefordert. Ein Mangel an Rohstoffen besteht also nicht. Es könnte sich nur um Schwierigkeiten durch den Schiffsaummangel handeln, worüber aber die Neutralen weniger pessimistisch urteilen. Bei uns im Lande werden nun die Transportbeschwerden noch erhöht durch das im Kriege zusammengebrochene und verbrauchte Eisenbahnmateriale, welches Umstand obenstehend noch verschärft wird durch die unmenslichen Waffenstillstandsbedingungen, die uns vieler Transportmöglichkeiten berauben.

Aus der Partei.

Wer waren die Denunzianten? Die „Berzische Arbeiterstimme“ hat jüngst die Enttarnung der Arbeiter mit der Begründung abgelehnt, daß die „Regierungsozialisten“ während des Krieges denunziert, die Unabhängigen aber in Kerker und Festungen geschnappt hätten. Jetzt sieht sich dasselbe Blatt gezwungen, Aufklärung über die rätselhaften Beschaffungen zu geben, die während des Krieges aus den Reihen der Unabhängigen ständig in Düsseldorf vorgenommen wurden. Ganz richtig ist der von unabhängigen Sozialdemokraten, Vertreter der jährl. Tomat, die in den Versammlungen das größte Wort führten, sind jetzt als Polizeispitzel erkannt worden, und obwohl ein Teil der Polizeisten vernichtet worden ist, hofft man noch mehreren derselben Sorte auf die Spur zu kommen.

Gewerkschaftsbewegung.

Demonstrationen französischer Gewerkschafter. 10 000 Gewerkschafter hielten in Paris eine Versammlung ab, auf der die deutsche und die deutsche Republik lebhaft begrüßt wurden. Nach der Versammlung wurde auf der Straße die Internationale gesungen und Schmäuse auf Clemenceau ausgeführt. In hanz verlas sein Programm zur Regelung des Krieges und zur definitiven Wiederherstellung des Friedens. Er nahm Stellung gegen jede terroristische Annexion, verlangte Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker im Rahmen des Völkerbundes und forderte, daß die Arbeiterorganisation Frankreichs das Recht erhielten, die wirtschaftliche Reorganisation des Landes zu kontrollieren. Ferner verlangte er volle Kooperationsfreiheit, Ausdehnung der Unfallgesetzgebung, Erweiterung der Invaliditäts- und Altersrenten. Mergeim riefte einen brüderlichen Gruß an das deutsche Proletariat.

Wie die Monarchen die Not des Volkes teilten.

Als die Hamsterkammer Wilhelms des Letzten an den verbleibenden Panger gestellt wurde, fand sich für den Mann ein noch immer bismarckisches Blatt als Verteidiger, das schrieb, jeder-mann wisse von welcher „partisanischen Einfachheit“ die kaiserliche Tafel während des Krieges gesezt sei. Jedermann sieht bereits an Seite Wilhelm und Auguste Kohlraben essend und Kaffeebohnen trinkend. Aber ganz so schlimm war es nicht. Ein Dezer überlebte dem „Formalismus“ die Originale von Menckens aus dem Großen Hauptquartier. In der Großen Hauptquartier wurde in einer Zeit, in der die Not der Untertanen und dem Soldaten anheim-fallen nicht gerade leicht geschick. Nachstehend die Speisefolge:

eines Tages, von dem der Kaiser nicht anwesend war, also die Essen für die Offiziere der Begleitung.

- 3. September 1918.
 - Erstes Frühstück. Rebhühner. Grüne Bohnen.
 - 3. September 1918.
 - Königliche Mittagstafel. Fisch-Pasteten. Rebhühner mit Apfelsmus. Wiener Kudding. Obst.
 - 3. September 1918.
 - Königliche Abendstafel. Oberkrebs mit Reis. Rehbrüden, Kalb, Salat. Bayerer Eierkuchen. Obst.
- Weilke der Monarch im Großen Hauptquartier, so war die gebotene „Arbeitslohn“ noch etwas üppiger, wie nachstehende Speisefolge zeigt:
- Großes Hauptquartier, 5. Dezember 1918.
 - Königliche Mittagstafel. Kratbrühe auf Königl. Art. Gebäckene Seesungen. Rehbrüden, Apfelsmus, Salat. Grüne Spargelpfützen. Pfirsichspeise. Obst.
- So sah die „spartanische Tafel“ des Kaisers im Felde aus, während die Soldaten mit wässrigen Brühen und Ötergemische gefüttert wurden. Man kann danach berechnen, wie er erst zu Hause „entbehrte“.

Aus Nah und Fern.

Königliche Hamsterer. Die frühere Kronprinzessin Cecilie hat aus den Vorräten des „Cecilienhofes“ in Potsdam mehrere Zentner Weizenmehl und mehrere hundert Glas Honig dem A. und S. Rat zur Verfügung gestellt. — In Wien fand eine Bestandsaufnahme und Schätzung der in den Hofkellereien lagernden Weine statt, deren Wert sich auf über eine Million Kronen beläuft. Sie sollen im Wege einer öffentlichen Versteigerung zum Verkauf gelangen. Die wertvollsten Weine, die sich im Hofweinkeller befinden, sind alte französische Marken, von denen einzelne nach dem Gutachten der Sachverständigen hohen Marktwert haben. Sehr groß sind die Bestände an französischem Champagner.

Unglücksfall durch Explosion eines Minenzünders. Auf dem früheren Übungsplatz der Minenwerferabteilung in München explodierte gestern ein Minenzünder. Dabei wurden 16 Menschen schwer und vier leichter verletzt.

Die Eltern ermordet aufgefunden. Die Eheleute Landwirt Bachmann zu Wambelerholz wurden von ihrem aus dem Lazarett heimkehrenden Sohn ermordet aufgefunden. Der Täter hat keine Opfer mit einer Art erschlagen, darauf einen großen Gelbberag, sowie einige Wertgegenstände und Kleidungsstücke geraubt. Die Kriminalpolizei fahndet auf einen früheren Knecht, den 18jährigen Nikolaus Wagener aus Luxemburg, der spurlos verschwunden ist.

Kraubüberfall auf einen Eisenbahnzug. In der Nacht wurde auf einem zwischen Friedberg und Rogbach stehenden Eisenbahnzug mit Militärgerät ein Ueberfall verübt, bei dem es zwischen dem Wachtposten und dem angreifenden Räuber (Zweipersonen) zu einem regelrechten Feuergefecht kam. Die Angreifer entkamen, ohne etwas geraubt zu haben, im Schutze der Dunkelheit.

Wildhaber. In der Nähe von Schwamnenwerder im Grunewald, im Jagd 101, wurden von Gendarmen vier Wilderer festgenommen, die verlegbare Gewehre bei sich hatten und Dum-Dum-Geschosse benutzten. Die Wilderer hatten bereits mehrere Stück Wild erlegt. Auf dem Bahnhof Grunewald wurde ein Soldat mit seiner Mutter verhaftet, die beide ein geschlachtetes Damwild fortbringen wollten, das sie in Drachhähnen eingefangen hatten.

Theater und Musik.

„Das Hölische Gold“ von Julius Bittner.
Ein kurzes Einführungswort von Hermann Hans Wegler.
Dem Text dieses jüngsten Bühnenwerkes des Diatexkomponisten Bittner, der hauptsächlich durch seine Opern „Der Mühlkamm“ und „Der Abenteuerer“ hervorgetreten ist, liegt eine vollständig märchenhafte, romantische Fabel zu Grunde, die sich inhaltlich und formell bis zu einem gewissen Grade der Volkskunst der Hansa-Schiffen-Zeit anlehnt.
Ein liebendes Ehepaar ist durch die Sclische eines grausamen Wuchers dem Elend preisgegeben, soll am kommenden Morgen Haus und Hof verlassen und mit seinem Kindein obdachlos in die weite Welt hinaustragen. Die Nachbarin, das „böse alte Weib“ des Märchens, hat ihre häßliche Freude an dem Unglück des Brauen. Ein mittelalterlich, gemütlicher, tölpelhaft lustiger Teufel, der sein Probestück ablesen und dem Fürsten der Hölle eine arme, in Schuld verstrickte Seele zuführen soll, steigt aus der Tiefe herauf an die Oberfläche und findet in dem bösen alten Weib eine Helferin. Für hölisches Gold, das er ihr zahlt, will sie ihm eine arme verlorene Seele verschaffen. Sie denkt dabei an den verzweifelten, dem Elend preisgegebenen Nachbarn, den sie dem Teufel zu gewinnen hofft. Die Gelegenheit, ihre bösen Zwecke zu verfolgen, bietet sich bald. Die unglückliche junge Frau ist in unersättlichem Gebet vor dem Gnadenbilde der Mutter Gottes zusammengeknien. Da naht der zwanzigjährige Ephraim, der Sohn des Wuchers, von einer inneren Stimme hergetrieben, und bietet der von ihm ahnungslos und darauf verhassten Frau das von seiner Mutter ererbte Gold an, um sie vor dem drohenden Elend zu retten. Von der Lauterkeit der gebotenen Hilfe überzeugt, nimmt die unglückliche Frau das Anerbieten an und erwartet des Nachts den jungen Ephraim, der ihr das Gold bringt. Die böse alte Nachbarin hat auf der Lauer gelegen und alles belauscht. Sie weiß die Eifersucht des verzweifelten zurückkehrenden Ehemanns auszunutzen und verbirgt ihn in ihrem Garten, von wo aus er beobachtet, wie seine Frau, Ephraims Witte erfüllend, den jungen Mann zum Dank auf die Stirn und auf die Augen küßt. Von ihrer Schuld überzeugt und außer sich vor Wut, stürzt der Verzweifelten mit gezücktem Messer auf die unglückliche, um sie zu töten. Da läßt die Himmelströmerin, zu der sie in der höchsten Not um Hilfe ruft, ein Wunder geschehen: blühende Helle bricht herein, der dürre Busch hinter dem Gnadenbilde ergrünt und bedeckt sich mit Blüten; mächtige Palmen- und Trompetenlänge verblühen vom Himmel herunter die Unschuld der Keinen. Veröhnt und beglückt gehen die geretteten Ehegatten in ihr Haus, der Teufel aber fährt mit dem bösen alten Weib, dessen Seele ihm nun verfallen ist, zur Hölle.
Zu diesem vollständigen Text mit seinen plastischen kontrastierenden Typen, seiner Verschmelzung der sinnlichen und über-sinnlichen Welt hat Bittner eine außerordentlich charakteristische Musik geschrieben, die sich der Handlung ausgezeichnet anpaßt. Wie die Sprache der Dichtung an die Hans-Sachsische-Zeit gemahnt, so zeigt auch die musikalische Diktion an entscheidenden Stellen einen ausgeprochen archaischen Zug, der in seiner Plastik mit dem Geist alter Holzschneide verwandt ist. In den Teufelsjungen von barock-formiger Drastik erhebt sich die Musik in den Szenen der unglücklichen Frau zu harter Empfindung und großem lyrischen Schwung und steigert sich im Höhepunkt zu hin-reißender dramatischer Wirkung.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwab, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Leipzig.

Arbeiter- und Soldatenrat.

Infolge Eintreffens der Feldtruppen hat sich eine Veränderung in der Zusammensetzung des Soldatenrats nötig gemacht. Außerdem ist der bisherige Vorsitzende, Kamerad Zeitz, aus dem Vorstand ausgefallen, da er in seiner Heimat — Süddeutschland — Verwendung findet. Dabei sei gleichzeitig erwähnt, daß die in der Stadt kursierenden Gerüchte über eine Verhaftung des Kameraden Zeitz, Unterschlagungen und ähnlichen Mitteilungen vollkommen unwahr sind und warnen wir vor Weiterverbreitung.

Der Vorstand des Arbeiter- und Soldatenrates setzt sich wie folgt zusammen:

- | | |
|-----------------------------|-----------------------------------|
| Vizefeldwebel
Rethfeldt. | Gewerkschaftsbeamter
Rockzien. |
| Musketier Jaster. | Gewerkschaftsbeamter
Ehlers. |
| Sergeant Huckfeldt. | Arbeitersekretär
Mehrlein. |
| Unteroffizier Kramer. | Lagerhalter Haut. |
| Gefreiter Möller. | Schlosser Ross. |

Aus diesen genannten Herren ist ein Präsidium gebildet, an das alle Anfragen zu richten sind, die nicht die einzelnen Ressorts betreffen.

Das Präsidium wird gebildet aus den Herren:
Vizefeldwebel Rethfeldt, Musketier Jaster und Arbeitersekretär Mehrlein.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Beratungsstelle für Kriegsgebliebte.

Zur Beratung der durch den Krieg wirtschaftlich Geschädigten, insbesondere der heimkehrenden Krieger, in Rechtsfragen in wirtschaftlichen Fragen und in Fragen der Wohlfahrtspflege wird eine

Beratungsstelle für Kriegsgebliebte

eingesetzt, die Kriegsschädigten insbesondere bei der Neuordnung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse kostenlos Rat und Auskunft gewährt.

Geschäftszeit: werktäglich von 9—12 und 4—6 Uhr.
Sprechzeit der Berater: werktäglich von 5—6 Uhr nachm.

Öffne Sprechstunde Freitag, den 29. November 1918.

Das Wohlfahrtsamt.

Abt. Rechtsfürsorge.

Kriegsgefangenen-Angelegenheit

Eine große Zahl französischer und englischer Kriegsgefangener ist durch Anordnung heimischer und britischer Stellen, oder infolge nachlässiger Bewachung in Freiheit gesetzt. Sie sind zum Teil dem feindlichen Heere in Fußmarsch entgegengegangen und dort zerlumpt und nicht ausreichend ernährt ankommen. Die englische Regierung geht in schärfer Weise protestiert und androht, mit Gewalt gegen solche Mißstände einzuschreiten. Mit einer Kündigung des Waffenstillstandes muß also durchaus gerechnet werden, wenn die Kriegsgefangenen in Zukunft nicht geordnet übergeben werden. Es ist daher unbedingt erforderlich, daß die Anordnungen des Kriegsministeriums und der Obersten Heeresleitung für Behandlung der Kriegsgefangenen reiflos zur Ausführung kommen und alle Eingriffe örtlicher und verantwortlicher Behörden unterbleiben. Die Folgen sind sonst unabsehbar. Es kommt in erster Linie darauf an, daß nicht ein Kriegsgefangener ohne Befehl der militärischen Behörden seine Arbeitsstelle oder sein Lager verläßt.

Wenn nun immer noch von einigen Dienststellen bezw. Arbeiters- und Soldatenräten Kriegsgefangenen ausweisse ausgeht, werden, die dieselben zum Verlassen der Arbeitsstelle, zur Heimkehr und Benutzung der Eisenbahn ermächtigen, so muß das auf das schärfste gemißbilligt werden.

Es wird daher nochmals darauf hingewiesen, daß solches verboten ist. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft.

Die Kriegsgefangenen müssen auf ihren Arbeitsstellen verbleiben, bis die Inspektion der Kriegsgefangenen IX. A.-K. ihren Abtransport verfügt. Die Arbeitgeber müssen die Kriegsgefangenen solange behalten und ernähren.

Alle Behörden werden ersucht, auf Arbeitgeber und Kriegsgefangene aufklärend zu wirken. Es muß unter allen Umständen erreicht werden, daß der Abtransport der Kriegsgefangenen ordnungsmäßig vor sich geht.

Kriegsgefangene, welche eigenmächtig ihre Arbeitsstelle verlassen haben, sind sofort zu derselben zurückzuführen.

Gendarmerie, Polizeibehörden und Eisenbahnerverwaltungen haben hierbei mitzuwirken.

Der A.- u. S.-Rat Hamburg.

(Fünferauschuß).

Molitor.

Um Irrtümern vorzubeugen, macht der A.- und S.-Rat darauf aufmerksam, daß nicht jeder zur Entlassung kommende Soldat einen neuen Entlassungsausweis erhalten kann. In Uniform zur Entlassung kommende Mannschaften haben nur Anspruch auf einen instandgesetzten, aber noch brauchbaren Anzug, auch die zur Ausreise gelangenden Zivilangehörigen können nicht sämtlich aus neuen Stoffen hergestellt werden. Es müssen vielmehr auch ausgetragene Uniformstücke dazu verwendet werden.

A.- und S.-Rat Hamburg.

(Fünferauschuß).

Molitor.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Petroleum.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H. Holstenstrasse 25-33 Lübeck

Ein beachtenswertes Angebot in Damen-Hüten und Putz.

Garnierte Damen-Hüte
Die kleidsamsten und schönsten Modelle unserer Putzwerkstätte stellten wir im 1. Stock unseres Geschäftshauses zum Verkauf.

Unsere Preise sind jetzt:

Mark	Mark	Mark	Mark
35	25	15	5

Ein passendes Weihnachts-Geschenk
Moderne Hals-Rüschen
in Strauss und Marabu

35.00	22.00	15.00	10.25	7.50	5.75
-------	-------	-------	-------	------	------

Preiswerte Spielwaren

-Ausstellung im zweiten und dritten Stock.

Um Irrtümern zu vermeiden, macht der Soldatenrat darauf aufmerksam, daß nicht jeder zur Entlassung kommende Soldat einen neuen Anzug beanspruchen kann. In Uniform zur Entlassung kommende Mannschaften haben nur Anspruch auf einen instandgesetzten oder noch brauchbaren Anzug. Wenn Mäntel nicht vorhanden, kann wollene Decke oder wollene Unterjacke ausgehändigt werden.

Bekanntmachung

über die Erhöhung der allgemeinen Brotfraktion.

Vom Sonnabend, den 30. November, ab beträt die auf die Brotfraktion zu verabsorgende Höchstmenge an Brot bzw. Mehl insgesamt 2200 Gramm Brot oder, wahlweise, 1500 Gramm Brot und 500 Gramm Mehl. Die Erhöhung der Brot- und Mehlfraktion geschieht in der Weise, daß auf jeden der beiden Mehlmarkenabschnitte anstatt 200 Gramm Brot 350 Gramm Brot bzw. anstatt 125 Gramm Mehl 250 Gramm Mehl abgegeben und entnommen werden können. Die übrigen Brotfraktionen gelten nach wie vor nur für die auf ihnen verzeichneten Mengen.

Die Zusatzbrotfraktionen über 500 Gramm Brot verlieren mit dem Ablauf des 29. November ihre Gültigkeit.

Auf die Zusatzbrotfraktionen über 800 Gramm Brot dürfen vom 30. November ab nur noch 400 Gramm Brot abgegeben und entnommen werden.

Für Schwerarbeiter werden neue Zusatzbrotfraktionen ausgegeben, die anstatt über 800 Gramm über 700 Gramm lauten. Der Umtausch dieser Zusatzbrotfraktionen geschieht durch die Betriebsleitungen.

Wer mehr Brot oder Mehl abgibt oder entgegennimmt als nach den vorstehenden Bestimmungen zulässig ist, oder wer auf unzulässige Zusatzbrotfraktionen Brot abgibt oder entgegennimmt, wird mit Geldstrafe bis zu einem Jahr oder mit Gefängnis bis zu 60 Tagen oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Lübeck, den 26. November 1918.

Bekanntmachung

über Reisbrotmarken.

Mit dem Ablauf des 15. Dezember 1918 werden die auf 500 Gramm Gebäck lautenden Reisbrotmarken ungültig. Vom 16. Dezember ab darf Gebäck auf sie nicht mehr verabsolgt werden.

Bis zum 15. Dezember d. J. einschließlich werden den Verbrauchern die 500 Gramm-Marken bei den Brotfraktionenausgabenstellen in 50 Gramm-Marken umgetauscht. Nach diesem Zeitpunkt nur noch dann, wenn der Verbraucher durch einen Lebensmittelkartenabmeldechein oder sonstige nachweist, daß er über den 15. Dezember 1918 hinaus an Stelle von drittel Brotfraktion mit Reisbrotmarken versorgt wurde.

Auf die nach dem 15. Dezember eingelieferten Reisbrotmarken über 500 Gramm wird den Bäckern kein Mehl mehr vergütet. Bäcker, Händler und Gastwirte, die nach dem 15. Dezember 1918 auf 500 Gramm-Reisbrotmarken Gebäck oder Mehl verabsolgen, werden nach § 80 der Reichsreisbrotverordnung mit Geldstrafe bis zu einem Jahre und mit Gefängnis bis zu 60 Tagen oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Lübeck, den 25. November 1918.

Bekanntmachung

Der Knochenverkauf in der Markthalle

findet in dieser Woche nicht statt, da nicht genügend Knochen zur Verfügung stehen.

Lübeck, den 27. November 1918.

Mittelschulen.

Die Anmeldung der in die hiesigen Mittelschulen zu Ostern 1919 aufzunehmenden Kinder hat vom 2. bis 10. Dezember bei den Direktoren der hiesigen Mittelschulen an den Stultagen zwischen 12 und 1 Uhr, der St. Lorenz-Mittelschulen an den ersten 3 Stultagen der Woche von 4 bis 5 Uhr, an den letzten 3 Stultagen der Woche von 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr zu erfolgen.

Bei der Anmeldung ist vorzulegen: 1.) der Taufschein oder wenn dieser nicht vorhanden ist, der Geburtschein des Kindes, 2.) der Schein über die Wiederimpfung, wenn das Kind über 12 Jahre alt ist, 3.) das letzte Schulzeugnis, wenn das Kind bereits eine andere Schule besucht hat.

Lübeck, den 28. Novbr. 1918.

Die Oberschulbehörde.

Güterverkehr. 6146
Die Dienststunden der Güterverwaltung Lübeck für den Verkehr mit dem Publikum werden vom 28. November 1918 ab wie folgt festgelegt:
v. 7.00 mora. b. 12.00 mitt. und v. 2.00 nachm. bis 5.00 nachm., für den Hafen-Güterverkehr v. 7.00 mora. b. 12.00 mitt. und von 2.00 nachm. bis 5.00 nachm., Frachtpost über Wagenladungen werden in allen Ladestellen b. 6.00 nachm. angenommen. Rolle und freies Geleit wird an Sonn- und Feiertagen von 7.00 bis 8 1/2 mora. und von 11.00 bis 1.00 mitt. angenommen und ausbezahlt. D. Direktion d. L.-B.-Eisenb.

Zeitschriften aller Art.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Nobilitätsstr. 46.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Kerzen.

In den hiesigen Drogergeschäften können vom 2. Dezember 1918 ab auf Abschnitt 7 der roten Petroleumkarte zwei Kerzen auf 7 blaue Kerzen auf 7 braune Kerzen zum Preise von 28 Pfg. für eine Kerze abgegeben und entnommen werden.

Lübeck, den 29. November 1918.

Bekanntmachung

Die Ausgabe von Spiritus-Bezugsmarken

erfolgt in der Geschäftsstelle des Polizeiamtes, Samedistraße 25, von Dienstag, dem 3. Dezember 1918 ab und zwar nur an diejenigen Bezugsberechtigten, welche im September oder Oktober dieses Jahres zuerst Spiritus-Bezugsmarken erhalten haben. Bei der Abholung der Marken sind die „Ausweise zum Bezuge von Lebensmitteln“ vorzulegen.

Lübeck, den 29. November 1918.

Bekanntmachung

§ 5 der Verordnung des Polizeiamtes über den Verkehr mit Reisbrotmarken vom 8. Oktober 1917 erhält folgende Fassung:

Für jeden Reisetag dürfen einer Person nicht mehr als höchstens 6 Reisbrotmarken zu je 50 Gramm Gebäck, zusammen also für jeden Reisetag Reisbrotmarken über nicht mehr als 300 Gramm Gebäck, ausgehändigt werden. Für je 6 Reisbrotmarken werden so viel läbeckische Brotmarken zurückgehalten als der Laugesinn einer Person an Brot im Kommunalverband Lübeck entspricht.

Lübeck, den 25. November 1918.

Bekanntmachung

über die Bestandaufnahme von Stadträben.

Auf Grund § 9 der Verordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst über die Bestandaufnahme und Verhöhr der Genuß vom 19. Juli 1918, sowie des § 4 der Lübeckischen Verordnung über Herbizidgemüse vom 18. September 1918 und der Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst über die Bestandaufnahme von Kohlrüben vom 26. Oktober 1918 wird hierdurch bestimmt:

Alle Besitzer, (Gärtner, Gärtner, Händler) welche am 2. Dezember, mittags 12 Uhr, mehr als 50 Kömer Stadträben im Besitz haben, sind verpflichtet, ihren Bestand an weißen und gelben Kohlrüben, getrennt nach den Sorten schriftlich anzumelden:

1. In den Lübeckischen Landgemeinden bei den betreffenden Gemeindeverwaltungen. 2. Für das Stadtgebiet Lübeck spätestens bis zum 4. Dezember, mittags 12 Uhr, bei der Stadt-, Obst- und Gemüsestelle, Lübeck, Beckstraße 90. Die Gemeindeverwaltungen haben die eingehenden Meldungen bis spätestens den 5. Dezember an die Stadt-, Obst- und Gemüsestelle in Lübeck weiter zu geben.

Wer unrichtige Angaben macht, oder Vorsätze vertritt, wird gemäß § 16 der Verordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 2. April 1917 (Reichsministerialblatt S. 388) mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu Mk 10.000 oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorsätze erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Lübeck, den 28. November 1918.

Landesvorstand

Genü, den 26. November 1918.

Vom 1. Dezember d. J. an müssen die Kaufleute die Angehörigen über Zucker bei ihren Lagerhaltern in Empfang nehmen.

Bekanntmachung.

Die Beratungskunden in der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge IV, Heinrichstraße 19/21, fällt am Donnerstag, den 28. d. Mts., aus, da die Räume mit Einquartierung belegt sind. S. A. b. e. t., den 27. November 1918. (6107)

Das Jugendamt.

Die Beamtenschaft des Postamts und des Telegraphenamts wählte in seinen

Beamtenrat:

Postsekretär Sach
Oberpostschaffner Franz Geist
C. Behrens
Telegraphensekretär J. H. Witt
Telegraphengehilfin Rocksien I und
Oberpostschaffner Rehls.

Als Delegierte zum

Arbeiterrat:

Telegraphensekretär J. H. Witt u.
Oberpostschaffner C. Behrens.

6166

S. A.: J. H. Witt.

Landesverband.

Gutin, den 26. November 1918.

Für den dringenden Bedarf der landwirtschaftlichen Arbeiter sind um 140 Paar getragene Militärstiefel überwiesen. Die Stiefel können an Bedürftige bei gänzlichem Mangel an anderen brauchbaren Schuhschu abgegeben werden. Anträge auf Zuweisung sind bis zum 15. Dezember d. J. beim Landesverband, Abteilung Bekleidung, zu stellen. Dem Gehuch ist eine Dringlichkeits-Beschreibung des betreffenden Gemeindevorstehers beizufügen. 6188

M a h l s t e d t.

Landesvorstand.

Gutin, den 26. November 1918.

Auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrates wird folgendes bestimmt:

Mit Rücksicht auf die Wärfelieferungen an die Landesverwaltung, können Anträge auf Ausfuhrerlaubnis von Vieh bis weiter nicht genehmigt werden. 6123

M a h l s t e d t.

Landesvorstand.

Gutin, den 25. November 1918.

Für die Zeit vom 1. bis zum 28. Dezember d. J. wird die wöchentliche Fleischration für den ganzen Bezirk der Provinz Lübeck auf 200 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung festgesetzt. Kinder unter 6 Jahren erhalten 100 Gramm.

A- und E-Rat.

Landesvorstand.

Fla. Karberg.

Mahlstedt.

(6187)

Bürgerchaft.

Die Bürgerchaftsmitglieder, welche an der Marktfeier teilnehmen wollen, werden gebeten, sich am Sonnabend vormittags 10 1/2 Uhr im Bürgerchaftssaal des Rathhauses einzufinden.

Dimpker, (6167)

Wortführer der Bürgerchaft.

Hafenamt.

Die Geschäftsräume des Hafenamts sind bis auf weiteres von morgens 7 bis abends 6 Uhr geöffnet.

Lübeck, 27. Novbr. 1918.

(6118) Das Postamt.



Deutscher Transportarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Nachruf.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß am 22. November 1918 unser Kollege

Heinr. Meier

(Fenirpanger)

gefallen ist.

Beipätet.

Unser Kollege

Friedr. Jahnke

(Kohlenarbeiter)

ist hier am Orte im Lazarett verstorben.

Ghre ihrem Andenken!

(6156) Der Vorstand.

Deutscher Eisenbahner-Verband.

Ortsgruppe Lübeck.

Am 13. November verstarb

unser treues Mitglied

Karl Hard

Stationswärter.

Am 23. Novbr. verstarb

unser treues Mitglied Frau

Dorothea Bökmann

Wagenreinigerin.

Ghre ihrem Andenken!

(6138) Die Ortsverwaltung.

Städte Röhren für Damen-

schneidererei gesucht. (6161)

K. Baisch, Johannistr. 26.

Jahr jeden eine Waidfron

Diensttag (6160) Littenstr. 14.

Reinmachefrau

für etwa 3 Stunden zweimal in

der Woche gesucht. (6134)

Näheres Fleischerstr. 18.

Zimmer 6.

Heizer, vom Militär be-

urlaubt bis zur

Entlassung, sucht sof. Stellung

als Heizer für Lübeck oder Um-

gegend. Angeb. unter D 28

an die Exp. d. Ztg. (6121)

Eine junge Krieger-Witwe

sucht Stellung als Wirtschafterin

oder als Kammerfrau nach

auswärts. (6165)

Frau Mölling, Watenhägerstr. 38/7.

7 Arr.-Kleidermädchen und 2

Reinbreiter billig zu verkaufen.

(6113) Radenburger Allee 55a.

Wegen Umzugs zu verkaufen:

1 Schreibst. 2 Küchenstühle,

1 kleiner Küchensch. 1 Wasser-

wanne, 2 Helmbücher. (6126)

Wafeningauer 29, II.

Morgenmädchen gesucht.

Fritzshanke, Dankwartstraße 11.

Der

Untertunf-5-Nachwets

Nachweis von Schlafstellen und

möblierten Zimmern an berufstätige

Frauen, vermittelt kostenlos

gute preiswerte Einrichtungs-

gegenstände (mit und ohne Hochge-

legenheit, Schlafstellen usw.) an

berufstätige Frauen, erbitet

Meldungen u. möblierten Zimmern,

Schlafstellen Paris usw.

Geschäftsstelle v. 28. Nov. an:

Wohlfahrtsamt, Unterstraße 104

(Kaiserhof), Zimmer Nr. 33

Sprechstunde: 10-12 u. 3-5 Uhr.

Fernsprecher 105546. (6149)

Zu verk. Al. Holländer u. an-

gebotene, Wappentube

Wappentube 6143

Wappentube 49.

I gutnäh. Hand-Nähmasch.

für 35 Mk. zu verkaufen. 16097

Joh. Meier, Brunnstr. 12a.

Kleiner eiserner Ofen

zu verkaufen. (6111)

Waldenstraße 12.

Zu verkaufen: (6099)

Rüchengefäße, Cinnamöl,

Geran-Hüte u. Schirme.

Schwartz, Georgerstr. 4

Zu kauf. gel. eine graue Militär-

schirmmütze, Gr. 56. 6159

Maracretenstr. 9, I. Et. rechts.

Kleines Haus zu kaufen ge-

sucht nahe Drehbrücke. Offerten

m. Preis u. E.K. a. d. Exp. (6109)

Guterhaltener eiserner Ofen

zu kaufen gesucht. (6116)

J. Klüßmann, Menastr. 24.

Verloren eine Damen-Uhr

mit Goldrand, im hinter. Deckel

vergoldeter Zettel. Der ehrliche

Finder wird gebeten, dieselbe geg.

Belohnung abzugeben

(6100) Ludwigstraße 60, I.

Alle bis zum 25. November d. J.

ab. angelieferten Reparaturen

bitte ich bis spätestens 15. De-

zember d. J. abzuholen. Keine

Garantie für später angeforderte

Sachen. (6102)

Willh. Schubert,

Klempnermeister,

Pierdemarkt 17.

Mit dem heutigen Tage er-

öffne ich

Lübenhagen 7

Obst-, Grünwaren- und

Kartoffel-Handlung.

Ich bitte, mein neues Unter-

nehmen günstig unterstützen zu

wollen. (6167)

Martin Sternberg.

Schuhreparaturen

wird sofort erledigt. (6144)

Bezahlung in Leder u. Ersatz.

Schwarzenbergstr. 4,

Größe 40/41, 28,

Größe 42/43, 7,

Größe 44/45, 31.

Verkauf von

Sohlen, Flecken, Täcksen,

Stützen, Stiefelsohlen,

Schönere usw.

50

Original-Aufsätze

enthält der neue Ziegelbrenner

„Es sämmert der Tag“.

Preis 2.— Mk. (6148)

Ziegelbrenner

Verlag München 29, E. 5. [Z

Mit dem heutigen Tage habe

ich mein

Frisier-Geschäft

wieder eröffnet. (6162)

Siegfried Petzold,

Gevedestraße 44.



Passende Geschenke

für das kommende

Weihnachtsfest

bietet unsere vielseitige

Parfümerie-Abteilung

im Erdgeschoss.

Bürostengarnituren, sämtliche Artikel für die
Nagelpflege, Toilettenspiegel, Haarbürsten,
Frisiertämme

Moderne Parfüms in einfach. b. z. elegant.
Aufmachg., Zerstäuber in Glas u. Kristall,
Rasierapparate u. Garnituren.

Die letzten Neuheiten in

Haarschmuck

Besetzt mit: Schildpatt mit Horn mit Zelluloid

Rudolph Karstadt

Lübeck.

Kommandit-Gesellschaft.

Gesucht sofort eine Anlegerin.

„Lübecker Volksbote“.

Kühlhaus Lübeck Aktiengesellschaft.

Infolge Einführung des 8-Stunden-Tages ist
unser Unternehmen vom heutigen Tage an
geöffnet
von 8-12 Uhr vormittags und
von 1 1/2-5 1/2 Uhr nachmittags.
Ebenso findet der Eisverkauf während dieser
Zeit statt.

Passende Weihnachtsgeschenke

in guten Lederwaren.
Handtaschen Zigarrentaschen
Brieftaschen Portemonnaies
Scheintaschen
Musik- und Aktenmappen
Schülermappen Schreibzeug u.
Reiseartikel.

F. Fränkel,
Lederwarenfabrik (6162)
Breite Straße 54.

Vorrätig: Gesüßter Essig

Speise-Essig, Essigsprit, Wein-
essig, Surolessig, genehmigte
künstl. Limonensäfte, Himbeer
und Zitronen süß, Johannisbeer
sauer, Salzgurken, jomett Vor-
rat reich. 6145
Ludwig Wiegels, Südergrube 60,
Zettinplatz 8047.

Feldpostkartenbriefe

sind vorrätig.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 40.

Warnke, akad. Kunstmaler

Gr. Bauhof 11 Nähe Dom
Erstes Lübecker Fachatelier
für Porträtmalerei und
Vergrößerungen
Gegründet 1904.
NB. Den wertigen Parteinossen,
Freunden und Bekannten sei
mein Atelier besonders empfohlen.
61427 D. O.

Visitenkarten

Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Erzeugnisse
Bräuerei zur Walkmühle
Lübeck.
Ransa-Bräuerei A.G.
Lübeck.
Trinkt
Lübecker Vereins-Bräu

Bavaria-Bräuerei
Hamburg-Altona
Niederlage Lübeck
Ludowigstr. 60a Tel. Nr. 474
Brewermeister
Heinrich Waller
Brauereistr. 60
Lübeck

Praktischer Wegweiser
Zoochisch wöchentlich
= rich überall = empfehlensw. Geschäfte
Zergl. Besorgung
= empfohlen =
Erzeugnisse
Die Biere der
Schlesinger-Bräuerei Kiel
werden überall bevorzugt.
Wein
Wilhelm Rahfoht
Unterstraße 123 Telephone 687
vertreterliche Repräsentation
Lübeck

Thüringer Wurstfabrik
Augustscheere
G. m. b. H.
Bietet das Fleisch in allen Warenarten.
Lederhandlungen
Carl Rohde
Handstr. 64
Schnitzerei, Bedarfsartikel
Falt-Garderobe
Lübeck

Carl Rohde
Handstr. 64
Schnitzerei, Bedarfsartikel
Falt-Garderobe
Lübeck

Konzer bevorzugen
das gute Lübecker
Bürgerbräu
Königbräuerei Lübeck
Erste
Alwismühle, Mühlenfabrikate
Lübeck
Ratzeburger Aktien-Bräuerei